



Stadt Wilhelmshaven
Rechnungsprüfungsamt

Bericht

**über die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2012
und des Rechenschaftsberichtes
für das Haushaltsjahr 2012
der Stadt Wilhelmshaven
(Kernverwaltung)**



**Nordsee Stadt
Wilhelmshaven**

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| 1. PRÜFUNGS-AUFTRAG | 3 |
| 2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN | 4 |
| 2.1 Lage der Stadt | 4 |
| 2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung | 4 |
| 2.1.1.1 Finanzwirtschaftliche Lage und Haushaltswirtschaft | 4 |
| 2.1.1.2 Mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind | 4 |
| 2.2 Jahresabschluss des Vorjahres | 5 |
| 2.3 Grundlagen der Haushaltswirtschaft | 6 |
| 2.3.1 Haushaltssatzung/ Nachtragssatzung/ Genehmigung | 6 |
| 2.3.2 Unterlagen zur vorläufigen Haushaltsführung | 7 |
| 2.3.3 Haushaltssicherungskonzept | 7 |
| 2.4 Wirtschaftliche Betätigung der Stadt | 8 |
| 3. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG | 10 |
| 3.1 Gegenstand der Prüfung | 10 |
| 3.2 Art und Umfang der Prüfung | 10 |
| 4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG | 14 |
| 4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung | 14 |
| 4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen | 14 |
| 4.1.2 Jahresabschluss | 15 |
| 4.1.3 Rechenschaftsbericht | 16 |
| 4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses | 17 |
| 4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses | 17 |
| 4.2.2 Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen | 17 |
| 4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen | 17 |
| 5. PRÜFUNGSVERMERK | 18 |
| 6. ANLAGEN ZUM SCHLUSSBERICHT | 20 |

1. PRÜFUNGSaufTRAG

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG i.V.m. § 156 Abs. 1 NKomVG obliegt dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 (Anlagen 6.1.1 bis 6.1.3) unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

der Stadt Wilhelmshaven (Kernverwaltung),

nachfolgend auch Stadt genannt.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 156 Abs. 3 NKomVG mit diesem Schlussbericht.

Dieser Schlussbericht wurde um einen besonderen Erläuterungsteil der Posten der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung erweitert, der diesem Bericht als Anlage 6.2.2 beigefügt ist.

2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

2.1 Lage der Stadt

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung

2.1.1.1 Finanzwirtschaftliche Lage und Haushaltswirtschaft

Im Jahresabschluss sowie Rechenschaftsbericht wurden nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes folgende wesentlichen Aussagen zum Verlauf der Haushaltswirtschaft und zur finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt getroffen:

- Durch die Ende 2008 eingetretene Finanz- und Wirtschaftskrise ergaben sich erhebliche Minderungen bei den Erträgen, insbesondere Steuern. Ab 2011 ist allerdings ein leichter Anstieg erkennbar.
- Daher musste dem in der Folge eintretenden Liquiditätsengpass mit einer Erhöhung der entsprechenden Liquiditätsermächtigung begegnet werden.
- Es wurden Investitionskredite in Höhe von 18,8 MioEUR aufgenommen.
- In 2012 wurden nach § 117 NKomVG insgesamt 4,3 MioEUR im Ergebnishaushalt nachbewilligt, im investiven Teil des Finanzhaushalts 263 TEUR.

Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:

Die Aussagen im Rechenschaftsbericht zur finanzwirtschaftlichen Lage und zum Verlauf der Haushaltswirtschaft der Stadt geben zwar grundsätzlich eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wieder, ergänzend wird aber noch auf die unseres Erachtens folgenden verbesserungswürdigen Sachverhalte hingewiesen:

- Wesentliche Gründe für die Beeinflussung des Jahresergebnisses neben der Gewerbesteuer und der Rückstellungen für das Reinhard-Nieter-Krankenhaus.

2.1.1.2 Mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind

Im Rechenschaftsbericht wurden nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes folgende wesentliche Aussagen über mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, getroffen:

- Während zum 31.12.2007 noch ein Jahresüberschuss erwirtschaftet wurde, werden für die Folgejahre aufgrund weggebrochener Gewerbesteuererinnahmen und durch die Ende 2008 eingetretene Finanz- und Wirtschaftskrise Fehlbeträge prognostiziert, die bis zum 31.12.2014 voraussichtlich bis auf 97,77 MioEUR anwachsen.
- Das Gesamtdefizit der mittelfristigen Finanzplanung wird bis Ende 2017 voraussichtlich bis auf 101,64 MioEUR anwachsen.
- Eine unter Einbeziehung des Basis-Reinvermögens bilanzielle Überschuldung ist im Zeitraum der aktuellen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2017 voraussichtlich nicht zu erwarten. Ein langfristiges Risiko bleibt jedoch latent bestehen.
- Zur Sicherstellung der Periodengerechtigkeit wurden Risiken im Zusammenhang mit dem Reinhard-Nieter-Krankenhaus (Eigenbetrieb sowie gGmbH), die bis in das Geschäftsjahr 2012 reichen, als Rückstellung in der Bilanz ausgewiesen.

Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:

Die Aussagen im Rechenschaftsbericht stellen zwar grundsätzlich mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes zutreffend dar, ergänzend wird aber noch auf die unseres Erachtens folgenden Sachverhalte hingewiesen:

- Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag wie z. B. ungewöhnliche Kostenentwicklungen durch Preissteigerungen, Steuererhöhungen oder Gründe für den Anstieg der Sozialaufwendungen;
- umfassende und tieferegehende Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Stadt incl. Risiken im Hinblick auf eine drohende bilanzielle Überschuldung, insbesondere vor dem Hintergrund, dass ohne Einbeziehung der Sonderposten das Eigenkapital bereits zum 31.12.2012 abgeschmolzen ist;
- umfassende und detaillierte Prognosen der im Rechenschaftsbericht dargestellten Entwicklungen über das Jahr 2012 hinaus.

2.2 Jahresabschluss des Vorjahres

Der Bericht des RPA über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 datiert vom 15.10.2013. Der Rat hat in seiner Sitzung am 31.10.2013 den Jahresabschluss 2011 beschlossen und dem amtierenden Oberbürgermeister unbeschränkte Entlastung erteilt. Die Bekanntmachung erfolgte am 04.11.2013. Die öffentliche Auslegung des Jahresabschlusses 2011 mit dem um die Stellungnahme des Oberbürgermeisters ergänzten Schlussbericht des RPA erfolgte in der Zeit vom 11.11.2013 bis 19.11.2013. Die Kommunalaufsichtsbehörde wurde mit Schreiben vom 28.10.2013 unterrichtet.

Das Rechnungslegungs- und Entlastungsverfahren wurde damit vorschriftsmäßig abgewickelt und ist abgeschlossen. Die dauernde Aufbewahrung des Jahresabschlusses in ausgedruckter Form gemäß § 39 Abs. 2 GemHKVO ist gewährleistet.

2.3 Grundlagen der Haushaltswirtschaft

2.3.1 Haushaltssatzung/ Nachtragssatzung/ Genehmigung

Beim durch die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung vom Rat vorgegebenen Haushaltsplan handelt es sich für die Haushaltsjahre 2011/2012 um den vierten nach den Grundsätzen des NKR erstellten doppelhaushaltigen Produkthaushalt, der sich aus einem Ergebnishaushalt und einem Finanzhaushalt zusammensetzt. Diese sind in Teilhaushalte - Budgets im Sinne des § 4 Abs. 3 GemHKVO - untergliedert.

Die Haushaltssatzung 2011/2012 wurde am 27.10.2010 vom Rat beschlossen.

Die Haushaltsgrundlagen sind rechtswirksam zustandegekommen. Sie entsprechen formell und inhaltlich den Vorschriften. Eine erste Nachtragshaushaltssatzung wurde am 09.02.2012, eine zweite am 22.11.2012 erlassen.

Der Haushaltsplan ist nach den Grundsätzen des § 113 NKomVG i. V. m. § 1 GemHKVO aufgestellt worden. Dabei wurden die mit RdErl. d. MI vom 04.12.2006 aus Gründen der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der kommunalen Haushalte für verbindlich erklärten Haushaltsmuster beachtet.

Nach § 114 Abs. 1 NKomVG soll die Haushaltssatzung der Aufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorgelegt werden. Diese Vorlagefrist wurde eingehalten.

Der ursprüngliche Haushaltsplan war im Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen. Damit wird der Anforderung des § 110 Abs. 4 NKomVG nicht entsprochen, wonach der Haushalt ausgeglichen sein soll. Die Planung berücksichtigte einen Fehlbedarf von 13,73 MioEUR.

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung war ursprünglich ebenfalls nicht ausgeglichen. Die Ergebnisplanung wies Fehlbeträge in 2011 von 12,7 MioEUR, in 2012 von 21,2 MioEUR und in 2013 von 10,6 MioEUR aus.

Das Nds. Ministerium für Inneres, Sport und Integration (MI) als Kommunalaufsichtsbehörde hat die Haushaltssatzung der Stadt Wilhelmshaven für die Haushaltsjahre 2011/2012 mit Schreiben vom 28.01.2011 genehmigt. Nach Beschluss des ersten Nachtragshaushalts des Rates am 23.11.2011 erfolgte am 09.02.2012 die Genehmigung durch das MI, nach Beschluss des zweiten Nachtragshaushalts des Rates am 06.11.2012 erfolgte die Genehmigung am 22.11.2012.

In der Genehmigungsverfügung wurde vom Ministerium angemerkt, dass aufgrund der Defizite und der sehr angespannten Haushaltslage der Grundsatz des Haushaltsausgleichs nicht erfüllt wurde. Der Zeitraum, wann der Haushaltsausgleich erreicht werden und wie das Entstehen eines Fehlbetrages in künftigen Jahren vermieden werden soll, war seinerzeit nicht erkennbar.

Lt. Ministerium war die Stadt Wilhelmshaven daher zur Erneuerung des Haushaltssicherungskonzeptes mit der Zielrichtung einer Ausweitung der Konsolidierungsmaßnahmen verpflichtet. Das seinerzeitige Haushaltssicherungskonzept reichte für die gesetzlichen Vorschriften nicht mehr aus.

In diesem Zusammenhang bat das Ministerium weiterhin um die volle Ausschöpfung aller Möglichkeiten, um das Defizit zu verringern. Gerade im Schulbereich sah das Ministerium größere Überkapazitäten. Es bat auch um eine intensive Prüfung einer Verschlan-
kung der Beteiligungsstruktur, um zusätzliche Belastungen durch höhere Verlustausgleichszahlungen bzw. geringere Gewinnabführungen für den städtischen Haushalt zu vermeiden.

Das Ministerium konnte daher weder eine geordnete Haushaltswirtschaft noch die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt gem. § 23 GemHKVO feststellen. Neben der Wiedererlangung der dauernden Leistungsfähigkeit müsse auch einer drohenden Überschuldung gem. § 110 Abs. 8 NKomVG zwingend entgegen gewirkt werden.

Das Ministerium hat ferner zur Beachtung der demographischen Entwicklung und dem daraus resultierenden Anpassungsbedarf hingewiesen.

2.3.2 Unterlagen zur vorläufigen Haushaltsführung

Das verspätete In-Kraft-Treten der Haushaltssatzung 2011/2012 führte dazu, dass für die Zeit vom 01.01. bis 28.01.2011 die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung gem. § 116 NKomVG anzuwenden waren. Für das Jahr 2012 ergab sich daher keine vorläufige Haushaltsführung.

2.3.3 Haushaltssicherungskonzept

Das vom Rat am 25.03.2009 beschlossene und am 29.05.2009 zusammen mit der Haushaltssatzung vom Nds. Ministerium für Inneres, Sport und Integration - Kommunalaufsicht - genehmigte Haushaltssicherungskonzept wurde fortgeschrieben. Nach Ratsbeschluss vom 27.10.2010 wurde es zusammen mit der Haushaltssatzung vom Ministerium genehmigt. Das ursprünglich prognostizierte Defizit für die Jahre 2011 bis 2015 von 73,7 MioEUR sollte damit auf 63,3 MioEUR gesenkt werden.

Eine weitere Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts mit Ratsbeschluss vom 27.11.2013 und Genehmigung des Ministeriums vom 05.02.2014 sieht zum Jahr 2017 einen Haushaltsausgleich vor.

2.4 Wirtschaftliche Betätigung der Stadt

Der Auftrag zur Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt ergibt sich aus § 155 Abs. 2 Nr. 3 NKomVG. Geprüft wird die wirtschaftliche Betätigung der Stadt als Gesellschafterin sowie die Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Eigengesellschaft oder einer Beteiligung vorbehalten hat.

Gegenstand der Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafterin ist, ob die Stadt die maßgeblichen gemeinderechtlichen Vorschriften beachtet und ob die Stadt die Einhaltung der für die Unternehmen, die sie führt oder an denen sie beteiligt ist, maßgeblichen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen im Wesentlichen überwacht.

Die Prüfung der Beachtung umfasst insbesondere die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung (§ 136 NKomVG), die Maßgaben für die Führung von Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts (§ 137 NKomVG), die Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen (§ 138 NKomVG) und die Berichtspflichten nach § 151 NKomVG.

Die Prüfung der Überwachung umfasst die Auswertung der Vorlagen an die Ausschüsse für Finanzen und Wirtschaft (FiWi), Personal- und Gleichstellungsfragen (PGI) und Verwaltungsausschuss, der Protokolle über die Aufsichtsrats- und Verwaltungsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen sowie des Beteiligungsberichts nach § 151 NKomVG.

Gegenstand der Kassenprüfung sind die Kassen, die Kassenführung und die Kassenberichte der zu prüfenden Gesellschaften. Geprüft wird, ob das Kassenwesen rechtmäßig und wirtschaftlich geführt wird sowie zuverlässig eingerichtet ist.

Gegenstand der Buchprüfung bei einer zu prüfenden Gesellschaft ist deren Buchführung für das Berichtsjahr. Die Prüfung beschränkt sich grundsätzlich auf die Auswertung des Berichts des externen Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Im Vordergrund stehen der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Lagebericht, die Aussagen zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, zu den wirtschaftlichen Verhältnissen und bei kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB zusätzlich die Aussagen zur wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft. Daneben werden auch wesentliche Positionen in der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie Aussagen im Anhang und Lagebericht auf Plausibilität geprüft.

Bei den Prüfungen haben sich keine wesentlichen Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Stadt die maßgeblichen gemeinderechtlichen Vorschriften nicht beachtet hat.

Im Rahmen der Prüfungen sind keine Tatsachen bekannt geworden, dass die Stadt die Einhaltung der für die Unternehmen, die sie führt oder an denen sie beteiligt ist, maßgeblichen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen nicht in geeigneter Form überwacht hat.

Die Auswertung des von der Stadt gemäß § 151 NKomVG zu erstellenden Beteiligungsberichts auf die Einhaltung der Berichtspflichten hat keine Anhaltspunkte für wesentliche Beanstandungen ergeben.

Die Auswertung der Vorlagen an den FiWi und PGI und Verwaltungsausschuss sowie der vorliegenden Protokolle über die Aufsichtsratssitzungen hat ergeben, dass die von der Stadt in die Unternehmen entsandten Vertreterinnen und Vertreter ihre Tätigkeiten entsprechend den gesetzlichen Regelungen und gesellschaftsvertraglichen Vereinbarungen wahrgenommen haben.

Die Beschlussverfahren über die Wirtschaftspläne und die Auftragsverfahren zur Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte der Gesellschaften haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Das Gleiche gilt für die Verfahren zur Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften und die Entlastung der Geschäftsführungen und Aufsichtsräte.

Die im Rahmen der Buchprüfung durchgeführte generelle Auswertung der Berichte der externen Abschlussprüfer über die Prüfung der Jahresabschlüsse zum 31.12.2012 und der Lageberichte 2012 der im Berichtsjahr geprüften Gesellschaften hat keine Tatbestände für wesentliche Beanstandungen ergeben.

Entsprechend der seit dem 01.01.2005 geltenden Rechtslage obliegen dem RPA unter den Voraussetzungen des § 158 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 i. V. m. § 157 Satz 1 NKomVG grundsätzlich auch die Prüfungen der Jahresabschlüsse und der Lageberichte der sogenannten kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB, an denen die Stadt mehrheitlich beteiligt ist. Es kann Kraft seines Ermessens mit der Durchführung der Prüfung auch einen Dritten beauftragen oder zulassen, dass die Beauftragung in seinem Unternehmen unmittelbar durch die Gesellschaft erfolgt. Von Letzterem hat das RPA überwiegend Gebrauch gemacht.

Die Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte 2012 der kleinen Kapitalgesellschaften jeweils einschließlich Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie der wirtschaftlichen Verhältnisse und wirtschaftlichen Führung der Gesellschaften (§ 25 Abs. 1 Satz 2 EigBetrVO i.V.m. §§ 157, 158 Abs. 1 Satz 1 NKomVG) hat seitens der Abschlussprüfer zu keinen Einwendungen geführt. Sie haben grundsätzlich uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt.

Die Prüfung der Beschlussverfahren über die Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften und über die Entlastung der Geschäftsführungen und Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte gab ebenfalls keinen Anlass zu Beanstandungen.

Die Vorschriften zur Bekanntmachung der Ergebnisse der Prüfung und zur öffentlichen Auslegung der Jahresabschlüsse und Lageberichte der kleinen Kapitalgesellschaften wurden für die Tochtergesellschaften der Stadt beachtet (§ 31 Satz 1 und Satz 3 i. V. m. § 32 Satz 1 EigBetrVO und §§ 157, 158 Abs. 1 Satz 1 NKomVG).

3. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung sowie des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt.

Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Dazu hat das Rechnungsprüfungsamt die Buchführung, die Inventur, das Inventar, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen sowie dem Anhang und den Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 (Anlage 6.1.1 bis 6.1.3) der Stadt in der Fassung vom 14.11.2013 geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach dem NKomVG bzw. der GemHKVO aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

3.2 Art und Umfang der Prüfung

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung nach §§ 155 Abs. 1 Nr. 1 und 156 NKomVG und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Rechenschaftsbericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat das Rechnungsprüfungsamt eine am Risiko der Stadt ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltungsleitung und erster analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes, risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im Jahresabschluss und des Rechenschaftsberichts ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen des Oberbürgermeisters sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Rechenschaftsberichts waren die Vollständigkeit und die Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnisse beurteilt worden, ob sie insgesamt eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wiedergeben und mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend darstellen.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl und/oder auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse
- Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau
- Sondervermögen mit Sonderrechnung
- Ausleihungen
- Sonderposten
- Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen
- Andere Rückstellungen
- Steuern und ähnliche Abgaben
- Zuwendungen und allgemeine Umlagen
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen
- Aufwendungen für aktives Personal
- Transferaufwendungen
- Sonstige ordentliche Aufwendungen

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (und Sachverständigen) wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

- Das Rechnungsprüfungsamt hat sich davon überzeugt, dass die festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände auf der Grundlage der vom Innenministerium verbindlich vorgeschriebenen Abschreibungstabelle angewandt werden.
- Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich das Rechnungsprüfungsamt in Stichproben überzeugt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach den Kriterien Höhe und Einstellungszeitpunkt. Mangels Unterlagen zur Altersstruktur der Forderungen konnte jedoch keine entsprechende Analyse zur Werthaltigkeit erstellt und geprüft werden.
- Bankbestätigungen von Kreditinstituten wurden eingeholt.
- Bestätigungen des Rechtsamtes über schwebende Rechtsstreitigkeiten hat das Rechnungsprüfungsamt ebenfalls erhalten.
- Die Rückstellungen wurden insbesondere durch Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Verwaltungsleitung auf Vollständigkeit untersucht. Die zutreffende Ermittlung der Rückstellungshöhe wurde durch eine stichprobenhafte Prüfung der Berechnungen und eine kritische Beurteilung der vorgenommenen Schätzungen geprüft.
- Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen lag dem Rechnungsprüfungsamt ein versicherungsmathematisches Gutachten der Versorgungskasse Oldenburg vor. Auf Grund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der Beurteilung von Art und Umfang seiner Tätigkeit hat sich das Rechnungsprüfungsamt bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Das Rechnungsprüfungsamt ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

Ausgangspunkt der Prüfung war der vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Wilhelmshaven geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2011 nebst Rechenschaftsbericht.

Das Rechnungsprüfungsamt hat gemäß § 156 Abs. 1 NKomVG den Jahresabschluss mit allen Unterlagen dahin geprüft, ob der Haushaltsplan eingehalten ist, ob die einzelnen Buchungsvorgänge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind, ob bei den Erträgen und Aufwendungen sowie den Einzahlungen und Auszahlungen des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist und ob das Vermögen richtig nachgewiesen ist. Dabei hat das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 156 Abs. 1 S. 3 NKomVG die Prüfung gegebenenfalls nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltung erteilt. Der Oberbürgermeister hat die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts am 15. Januar 2014 schriftlich bestätigt.

4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des verbindlichen Kontenrahmens in Niedersachsen (Stand: 08.03.2011) erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes.

Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und im Wesentlichen zeitgerecht erfasst. Die Buchungen wurden ordnungsgemäß angewiesen, grundsätzlich ausreichend erläutert und die Belege übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von der Stadt aufgestellt.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet grundsätzlich eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, der Nettopositionen, der Schulden, der Rückstellungen und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.

Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Stadt getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung des Rechnungsprüfungsamts den gesetzlichen Vorschriften. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen grundsätzlich zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht.

Die Verarbeitung der Buchhaltung erfolgt per EDV. In der Finanzbuchhaltung wird die Software ProFiskal P3 NPLUS der Firma Dogro/Agrosso eingesetzt. Die buchhalterische Erfassung und Kontierung des Bankverkehrs erfolgt zentral durch die Stadtkasse der Stadt Wilhelmshaven, die auch das Cash-Management regelt. Infolge von Programm- und Anwenderfehlern wurden Zahlungsein- und -ausgänge nicht durchgängig periodengerecht zugeordnet, woraus auch eine fehlerhafte Finanzrechnung resultiert. Diese Sachverhalte führten im Bereich der Bankbestände zu wesentlichen Abweichungen. Die Kämmererei hat zur Sicherstellung der korrekten Bilanzausweise Anpassungsbuchungen vorgenommen. Aufgrund unserer Prüfung stellen wir die Richtigkeit des Bilanzausweises fest.

Eine Softwarebescheinigung zur Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit und Sicherheit für die eingesetzte rechnungslegungsbezogene Software liegt nicht vor. Eine Freigabe der Software gem. § 35 Abs. 5 GemHKVO ist nicht erfolgt. Aufgrund der vorhandenen Probleme sowie der Einstellung der Software fand zum 01.01.2013 ein Ersatz durch eine neue, zertifizierte Software statt.

Dem RPA obliegt gemäß § 155 Abs. 1 NKomVG u. a. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses und die dauernde Überwachung der Kassen sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen, unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht nach § 126 Abs. 5 NKomVG.

Gemäß § 40 Abs. 7 GemHKVO ist die Zahlungsabwicklung mindestens einmal jährlich unvermutet durch das RPA zu prüfen.

Neben der Prüfung der Stadtkasse sind weitere Prüfungen bei den insgesamt 17 Nebenkassen (Zahlstellen) durchzuführen.

Ab 2009 erfolgten durch das RPA keine Kontrollen der Handvorschüsse mehr, da es sich hierbei nicht um Zahlstellen handelt. Die generelle Prüfungspflicht der Handvorschüsse obliegt den Fachbereichsleitungen.

Die erforderlichen Prüfungen durch das RPA haben im Jahr 2012 stattgefunden. Das RPA hat über jede der von ihm durchgeführten Kassenprüfungen Berichte sowie Niederschriften gefertigt, die den jeweils zuständigen Fachbereichen zugeleitet wurden.

Bei den Nebenkassen ist auch geprüft worden, ob die neben den Bestimmungen der GemHKVO geltenden Regelungen der jeweiligen Dienstanweisungen (u. a. Kassenbuchführung, Abrechnungsmodalitäten, Kassensicherheit, Fachaufsicht) beachtet wurden.

Der Erlass einer neuen Dienstanweisung gem. § 41 GemHKVO bezüglich der Sicherheitsstandards ist (wie bereits im Bericht 2011 angemerkt) noch offen.

Beanstandungen von erheblicher Bedeutung haben sich bei den Prüfungen der Stadtkasse und der Nebenkassen nicht ergeben. Für 2012 wird daher die ordnungsgemäße Führung der Kassengeschäfte bestätigt.

4.1.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden, die Rückstellungen sowie die Nettopositionen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden grundsätzlich nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen nach vernünftiger Beurteilung in notwendigem Maße gebildet.

Der Anhang enthält gem. § 55 GemHKVO die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Das Rechnungsprüfungsamt kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 bis auf die Finanzrechnung grundsätzlich ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Wir weisen darauf hin, dass der Jahresabschluss nach § 129 Abs. 1 NKomVG nicht fristgemäß bis zum 31. Dezember des Folgejahres beschlossen werden konnte.

4.1.3 Rechenschaftsbericht

Aufgrund des Umfangs wird auf den Jahresabschlussbericht der Kämmerei verwiesen.

Der Rechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Ansatz den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht grundsätzlich

- mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht;
- insgesamt eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wiedergibt;
- mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend darstellt;
- weitere nach § 57 GemHKVO NDS erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Auf unseres Erachtens noch weitere erforderliche Angaben zur finanzwirtschaftlichen Lage sowie zu möglichen finanzwirtschaftlichen Risiken haben wir in den Punkten 2.1.1.1 und 2.1.1.2 hingewiesen.

Die Prüfung gem. § 156 Abs. 1 NKomVG, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten worden ist,
2. die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten worden sind,
3. bei den Erträgen und Aufwendungen sowie den Einzahlungen und Auszahlungen des kommunalen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist,
4. sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darstellt,

hat unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 156 Abs. 1 S. 3 NKomVG die Prüfung gegebenenfalls nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet hat, abgesehen von den im Schlussbericht enthaltenen Feststellungen (s. o.) zu keinen weiteren Einwendungen geführt.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss stellt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage mit Ausnahme der im Punkt 4.1.1 "Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen" genannten Einschränkung (Abweichungen der liquiden Mittel aufgrund von Fehlern in der Finanzsoftware) dar. Aus diesem Grund wird der Bestätigungsvermerk eingeschränkt.

4.2.2 Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

Es wird auf die Angaben im Anhang im Jahresabschlussbericht der Stadt sowie auf die Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses in der Anlage 6.2.2 verwiesen.

4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen

Von Aufgliederungen und Erläuterungen wurde an dieser Stelle abgesehen, da sie nicht zum Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses erforderlich sind.

Das Rechnungsprüfungsamt verweist auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in den Anlagen unter Punkt "6.2.1 Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage" sowie unter Punkt "6.2.2 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung".

5. PRÜFUNGSVERMERK

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss der Stadt - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang - sowie den Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur und das Inventar einbezogen. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gemeinderechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt. Die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach §§ 155, 156 NKomVG vorgenommen. Die Prüfung ist so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage im Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichtes.

Die Prüfung hat zur folgenden wesentlichen Beanstandung gegen abgrenzbare Teile geführt:

- Aufgrund von Fehlern in der Finanzsoftware konnten die liquiden Mittel nur über Anpassungsbuchungen in der richtigen Höhe ausgewiesen werden. Daher besteht das Risiko, dass diese mit den fehlenden Bankbewegungen zusammenhängenden Geschäftsvorfälle nicht richtig in der Bilanz und der Ergebnisrechnung abgebildet werden. Die Finanzrechnung ist daher ebenfalls fehlerhaft.

Für weitere Erläuterungen wird auf die Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung, Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen (Punkt 4.1.1) verwiesen.

Nach der Beurteilung des Rechnungsprüfungsamts aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss im Wesentlichen den gesetzlichen Vorschriften. Die Einschränkung ist in ihrer Tragweite erkennbar, so dass der Jahresabschluss im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt darstellt.

Der Rechenschaftsbericht gibt im Wesentlichen eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wieder und stellt mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend dar.

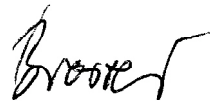
Die Prüfung gemäß § 156 Abs. 1 NKomVG auf Einhaltung des Haushaltsplans, Begründung und Belegung der Buchungsvorgänge, Einhaltung bestehender Gesetze und Vorschriften, Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit sowie Nachweis des Vermögens hat unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Rechnungsprüfungsamt die Prüfung gegebenenfalls nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet hat, abgesehen von den im Schlussbericht enthaltenen Feststellungen (s. o.) zu keinen weiteren Einwendungen geführt.

Wilhelmshaven, den 12. Februar 2014

Stadt Wilhelmshaven, Rechnungsprüfungsamt



Heike Hansemann
Leiterin Rechnungsprüfungsamt
Dipl.-Ökonomin



Bernd Broszeit
Prüfungsleiter
Dipl.-Kaufmann (FH)

6. ANLAGEN ZUM SCHLUSSBERICHT

6.1 Bestandteile

6.1.1 Bilanz zum 31. Dezember 2012

6.1.2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

6.1.3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

6.2 Freiwillige Anlagen zum Schlussbericht

6.2.1 Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

6.2.2 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung

Bilanz zum 31. Dezember 2012

| AKTIVA | | 31.12.2012 | 31.12.2011 | PASSIVA | |
|--|---------------------|---------------------|------------|--|-----------------------|
| | | EUR | EUR | 31.12.2012 | 31.12.2011 |
| | | EUR | EUR | EUR | EUR |
| 1. Immaterielles Vermögen | | | | 1. Nettoposition | |
| 1.1 Lizenzen | 91.763,00 | 136.534,00 | | 1.1 Basis-Reinvermögen | |
| 1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 42.946.558,03 | 43.355.992,68 | | 1.1.1 Reinvermögen | 59.598.132,22 |
| 1.3 Aktivierter Umstellungsaufwand | <u>427.999,00</u> | <u>475.554,00</u> | | 1.2 Rücklagen | |
| | | | | 1.2.1 Zweckgebundene Rücklagen | 266.837,05 |
| 2. Sachvermögen | | | | 1.3 Jahresergebnis | |
| 2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | | | 1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren | -59.609.091,93 |
| 2.1.1 Grünflächen | 262.908,97 | 29.417.066,53 | | 1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag | -24.242.571,25 |
| 2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | | | 1.4 Sonderposten | |
| 2.2.1 Grundstücke mit sozialen Einrichtungen | 0,00 | 2.260.469,46 | | 1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 75.017.757,13 |
| 2.2.2 Grundstücke mit Schulen | 64.888,55 | 67.715,00 | | 1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte | 6.585.960,39 |
| 2.2.3 Grundstücke mit Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen | 103.269,43 | 177.009,74 | | 1.4.3 Gebührenaussgleich | 11.292,45 |
| 2.3 Infrastrukturvermögen | | | | 1.4.4 erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten | <u>4.774.146,96</u> |
| 2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens | 0,00 | 6.125.100,58 | | | 62.402.463,02 |
| 2.3.2 Brücken und Tunnel | 0,00 | 9.260.250,00 | | | 88.807.192,93 |
| 2.3.3 Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen | 2.817.748,71 | 34.504.962,08 | | 2. Schulden | |
| 2.3.4 Wasserbauliche Anlagen | 523.452,07 | 288.335,25 | | 2.1 Geldschulden | |
| 2.3.5 Friedhofsflächen und -anlagen | 251.262,26 | 2.660.898,50 | | 2.1.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 17.392.333,87 |
| 2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens | 0,00 | 350.294,45 | | 2.1.2 Liquiditätskredite | 67.176.000,00 |
| 2.4 Bauten auf fremden Grundstücken | 12.847,00 | 13.550,00 | | 2.1.3 Sonstige Geldschulden | 4.409.951,31 |
| 2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler | 1.321.117,00 | 1.321.117,00 | | 2.2 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | -236.810,57 |
| 2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge | 1.283.290,00 | 1.493.725,00 | | 2.3 Transferverbindlichkeiten | |
| 2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere | 4.970.433,34 | 4.950.068,97 | | 2.3.1 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke | 0,00 |
| 2.8 Vorräte | 15.000,00 | 15.000,00 | | 2.3.2 Soziale Leistungsverbindlichkeiten | -43.821,58 |
| 2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | <u>5.433.657,10</u> | <u>4.560.945,28</u> | | 2.3.3 Steuerverbindlichkeiten | 0,00 |
| |17.059.874,43 |97.466.507,84 | | 2.4 Sonstige Verbindlichkeiten | |
| 3. Finanzvermögen | | | | 2.4.1 Durchlaufende Posten | |
| 3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 885.219,46 | 885.219,46 | | 2.4.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer | 74.686,77 |
| 3.2 Beteiligungen | 1.759.426,68 | 1.759.426,68 | | 2.4.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer | 133.009,46 |
| 3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung | 197.196.203,18 | 114.903.854,60 | | 2.4.1.3 Sonstige durchlaufende Posten | 3.034.955,10 |
| 3.4 Ausleihungen | 46.958.923,65 | 49.994.976,28 | | 2.4.2 Abzuführende Gewerbesteuer | -586.355,00 |
| 3.5 Öffentlich-rechtliche Forderungen | 4.469.023,30 | 6.710.988,38 | | 2.4.3 Empfangene Anzahlungen | 100,00 |
| 3.6 Forderungen aus Transferleistungen | 332.680,67 | 2.236.281,23 | | 2.4.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten | <u>0,00</u> |
| 3.7 Sonstige privatrechtliche Forderungen | 182.272,91 | 635.352,78 | | | 91.354.049,36 |
| 3.8 Sonstige Vermögensgegenstände | <u>4.179.264,93</u> | <u>2.323.764,53</u> | | | 67.299.148,00 |
| |255.963.014,78 |179.449.863,94 | | 3. Rückstellungen | |
| |1.343.498,08 |1.260.161,70 | | 3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen | 146.425.219,75 |
| 4. Liquide Mittel | | | | 3.2 für Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen | 5.919.155,31 |
| 5. Aktive Rechnungsabgrenzung | <u>8.344.041,73</u> | <u>7.414.957,00</u> | | 3.3 für die Sanierung von Altlasten | 205.000,00 |
| | | | | 3.4 im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen | 2.272.253,59 |
| | | | | 3.5 für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren | 2.953.532,80 |
| | | | | 3.6 Andere Rückstellungen | <u>14.644.575,22</u> |
| | | | | | 172.419.736,67 |
| | | | | | 500,00 |
| | | | | 4. Passive Rechnungsabgrenzung | <u>0,00</u> |
| | | | | | 173.453.230,23 |
| | | | | | 0,00 |
| | | | | | <u>326.176.749,05</u> |
| | | | | | <u>329.559.571,16</u> |
| | | | | | <u>326.176.749,05</u> |
| | | | | | <u>329.559.571,16</u> |

Ergebnisrechnung

| Erträge und Aufwendungen | Ergebnis des | Ergebnis des | Ansätze des | mehr (+) weniger | aus Spalte 5 |
|---------------------------------|--|------------------------|------------------------|------------------------|----------------------|
| | Vorjahres | Haushaltsjahres | Haushaltsjahres | (-) | bisher nicht |
| 1 | EUR | EUR | EUR | EUR | /außerplan- |
| | 2 | 3 | 4 | 5 | mäßige Auf- |
| | | | | | wendungen |
| | | | | | 6 |
| ordentliche Erträge | | | | | |
| 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | 66.245.750,84 | 59.425.022,00 | 62.575.500,00 | -3.150.478,00 |
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 60.773.753,94 | 63.373.620,52 | 62.159.100,00 | 1.214.520,52 |
| 3 | + Auflösungserträge aus Sonderposten | 5.030.899,92 | 5.455.569,10 | 5.450.200,00 | 5.369,10 |
| 4 | + Sonstige Transfererträge | 3.614.016,02 | 4.245.252,78 | 3.294.600,00 | 950.652,78 |
| 5 | + Öffentlich-rechtliche Entgelte | 7.805.103,38 | 9.244.890,76 | 9.273.600,00 | -28.709,24 |
| 6 | + Privatrechtliche Entgelte | 262.257,06 | 279.902,77 | 199.050,00 | 80.852,77 |
| 7 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 37.817.926,54 | 40.791.352,61 | 41.471.410,00 | -680.057,39 |
| 8 | + Zinsen und ähnliche Finanzerträge | 8.798.590,47 | 6.343.412,78 | 6.594.800,00 | -251.387,22 |
| 9 | + Aktivierte Eigenleistungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 10 | + Bestandsveränderungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 11 | + Sonstige ordentliche Erträge | <u>9.211.797,89</u> | <u>9.614.648,15</u> | <u>4.761.300,00</u> | <u>4.853.348,15</u> |
| 12 | = Summe ordentliche Erträge | <u>199.560.096,06</u> | <u>198.773.671,47</u> | <u>195.779.560,00</u> | <u>2.994.111,47</u> |
| ordentliche Aufwendungen | | | | | |
| 13 | - Aufwendungen für aktives Personal | -40.727.170,13 | -41.136.677,49 | -40.117.100,00 | -1.019.577,49 |
| 14 | - Aufwendungen für Versorgung | -867.351,64 | -696.257,47 | -723.800,00 | 27.542,53 |
| 15 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -4.680.763,75 | -5.017.432,89 | -5.842.055,79 | 824.622,90 |
| 16 | - Abschreibungen | -10.215.503,45 | -10.975.018,21 | -5.159.850,00 | -5.815.168,21 |
| 17 | - Zinsen und ähnliche Aufwendungen | -1.122.825,64 | -2.083.608,62 | -1.826.562,68 | -257.045,94 |
| 18 | - Transferaufwendungen | -69.897.560,32 | -72.561.793,43 | -74.427.929,67 | 1.866.136,24 |
| 19 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | <u>-81.176.424,84</u> | <u>-87.475.455,98</u> | <u>-89.323.983,74</u> | <u>1.848.527,76</u> |
| 20 | = Summe ordentliche Aufwendungen | <u>-208.687.599,77</u> | <u>-219.946.244,09</u> | <u>-217.421.281,88</u> | <u>-2.524.962,21</u> |
| 21 | = Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss(+) / - fehlbetrag(-) | <u>-9.127.503,71</u> | <u>-21.172.572,62</u> | <u>-21.641.721,88</u> | <u>469.149,26</u> |
| 22 | + Außerordentliche Erträge | 1.777.684,45 | 3.813.713,96 | 643.000,00 | 3.170.713,96 |
| 23 | - Außerordentliche Aufwendungen | <u>-5.249.713,92</u> | <u>-6.883.712,59</u> | <u>-1.278.500,00</u> | <u>-5.605.212,59</u> |
| 24 | = Außerordentliches Ergebnis | <u>-3.472.029,47</u> | <u>-3.069.998,63</u> | <u>-635.500,00</u> | <u>-2.434.498,63</u> |
| 25 | = Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | <u>-12.599.533,18</u> | <u>-24.242.571,25</u> | <u>-22.277.221,88</u> | <u>-1.965.349,37</u> |

Finanzrechnung

| Einzahlungen und Auszahlungen | Ergebnis des | Ergebnis des | Ansätze des | mehr (+) weniger | aus Spalte 5 |
|---|------------------------|------------------------|------------------------|---------------------|-----------------|
| | Vorjahres | Haushaltsjahres | Haushaltsjahres | (-) | bisher nicht |
| 1 | EUR | EUR | EUR | EUR | bewilligte über |
| | 2 | 3 | 4 | 5 | / außerplan- |
| | | | | | mäßige |
| | | | | | Auszahlungen |
| | | | | | 6 |
| Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | | | | |
| 1 + Steuern und ähnliche Abgaben | 67.906.758,24 | 59.190.535,51 | 62.575.500,00 | -3.384.964,49 | |
| 2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 60.664.709,48 | 63.552.493,02 | 62.159.100,00 | 1.393.393,02 | |
| 3 + Sonstige Transfereinzahlungen | 3.766.470,18 | 4.563.604,80 | 3.294.600,00 | 1.269.004,80 | |
| 4 + Öffentlich-rechtliche Entgelte | 8.253.197,28 | 9.730.159,77 | 9.342.600,00 | 387.559,77 | |
| 5 + Privatrechtliche Entgelte | 229.059,23 | 297.339,24 | 199.050,00 | 98.289,24 | |
| 6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 39.064.529,24 | 41.890.256,26 | 42.045.410,00 | -155.153,74 | |
| 7 + Zinsen und ähnliche Einzahlungen | 8.800.076,31 | 6.289.378,87 | 6.594.800,00 | -305.421,13 | |
| 8 + Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen | <u>5.089.530,83</u> | <u>4.805.038,45</u> | <u>4.761.300,00</u> | <u>43.738,45</u> | |
| 9 = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | <u>193.774.330,79</u> | <u>190.318.805,92</u> | <u>190.972.360,00</u> | <u>-653.554,08</u> | |
| Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | | | | |
| 10 - Auszahlungen für aktives Personal | -36.629.058,41 | -38.342.572,65 | -38.462.500,00 | 119.927,35 | |
| 11 - Auszahlungen für Versorgung | -761.441,77 | -669.376,32 | -723.800,00 | 54.423,68 | |
| 12 - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände | -4.580.918,20 | -5.420.269,17 | -5.842.055,79 | 421.786,62 | |
| 13 - Zinsen und ähnliche Auszahlungen | -1.246.454,06 | -1.284.850,11 | -1.826.562,68 | 541.712,57 | |
| 14 - Transferauszahlungen | -73.046.334,38 | -80.410.386,69 | -82.994.929,67 | 2.584.542,98 | |
| 15 - Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen | <u>-77.854.200,06</u> | <u>-84.408.823,35</u> | <u>-87.402.483,74</u> | <u>2.993.660,39</u> | |
| 16 = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | <u>-194.118.406,88</u> | <u>-210.536.278,29</u> | <u>-217.252.331,88</u> | <u>6.716.053,59</u> | |
| 17 = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit | <u>-344.076,09</u> | <u>-20.217.472,37</u> | <u>-26.279.971,88</u> | <u>6.062.499,51</u> | |
| Einzahlungen für Investitionstätigkeit | | | | | |
| 18 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit | 3.143.271,23 | 3.253.661,44 | 1.234.000,00 | 2.019.661,44 | |
| 19 + Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit | 95.119,37 | 7.843,61 | 405.000,00 | -397.156,39 | |
| 20 + Veräußerung von Sachvermögen | 12.631,50 | 59.896,52 | 1.017.000,00 | -957.103,48 | |
| 21 + Finanzvermögensanlagen | 0,00 | 90.000,00 | 90.000,00 | 0,00 | |
| 22 + Sonstige Investitionstätigkeit | <u>1.199.469,81</u> | <u>1.170.657,53</u> | <u>1.170.200,00</u> | <u>457,53</u> | |
| 23 = Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | <u>4.450.491,91</u> | <u>4.582.059,10</u> | <u>3.916.200,00</u> | <u>665.859,10</u> | |
| Auszahlungen für Investitionstätigkeit | | | | | |
| 24 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | -113.147,67 | -99.800,84 | -100.000,00 | 199,16 | |
| 25 - Baumaßnahmen | -3.100.504,51 | -3.704.918,33 | -5.780.772,18 | 2.075.853,85 | |

| | | | | | | |
|----|---|--|------------------------|------------------------|-----------------------|------------------------|
| 26 | - | Erwerb von beweglichem Sachvermögen | -1.528.364,57 | -1.409.603,75 | -2.812.691,27 | 1.403.087,52 |
| 27 | - | Erwerb von Finanzvermögensanlagen | -9.904,61 | -2.399.772,62 | -16.344.265,56 | 13.944.492,94 |
| 28 | - | Aktivierbare Zuwendungen | <u>-3.082.335,36</u> | <u>0,00</u> | <u>0,00</u> | <u>0,00</u> |
| 29 | = | Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | <u>-7.834.256,72</u> | <u>-7.614.095,54</u> | <u>-25.037.729,01</u> | <u>17.423.633,47</u> |
| 30 | = | Saldo aus Investitionstätigkeit | <u>-3.383.764,81</u> | <u>-3.032.036,44</u> | <u>-21.121.529,01</u> | <u>18.089.492,57</u> |
| 31 | = | Finanzmittelfehlbetrag | <u>-3.727.840,90</u> | <u>-23.249.508,81</u> | <u>-47.401.500,89</u> | <u>24.151.992,08</u> |
| | | Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit | | | | |
| 32 | + | Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit | 11.500.000,00 | 1.300.000,00 | 1.018.200,00 | 281.800,00 |
| 33 | - | Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit | <u>-780.002,19</u> | <u>-1.278.488,94</u> | <u>-1.031.000,00</u> | <u>-247.488,94</u> |
| 34 | = | Saldo aus Finanzierungstätigkeit | <u>10.719.997,81</u> | <u>21.511,06</u> | <u>-12.800,00</u> | <u>34.311,06</u> |
| 35 | = | Finanzmittelbestand | <u>6.992.156,91</u> | <u>-23.227.997,75</u> | <u>-47.414.300,89</u> | <u>24.186.303,14</u> |
| 36 | + | Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite) | 604.547.355,43 | 520.961.964,76 | 0,00 | 520.961.964,76 |
| 37 | - | Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite) | <u>-610.703.502,84</u> | <u>-498.134.811,30</u> | <u>0,00</u> | <u>-498.134.811,30</u> |
| 38 | = | Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen | <u>-6.156.147,41</u> | <u>22.827.153,46</u> | <u>0,00</u> | <u>22.827.153,46</u> |
| 39 | = | Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres) | <u>836.009,50</u> | <u>-400.844,29</u> | <u>-47.414.300,89</u> | <u>47.013.456,60</u> |

6.2.1 Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Schulden, Ertrags- und Finanzlage**Vermögensstruktur**

| | <u>TEUR</u> | 2012 % | <u>TEUR</u> | 2011 % | <u>TEUR</u> +/- |
|---|----------------|------------|----------------|------------|-----------------|
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 43.466 | 14 | 43.968 | 14 | -502 |
| Sachvermögen | 11.611 | 3 | 92.891 | 28 | -81.280 |
| Finanzvermögen | <u>246.800</u> | <u>70</u> | <u>167.543</u> | <u>51</u> | <u>79.257</u> |
| Langfristig gebundenes Vermögen | <u>301.877</u> | <u>87</u> | <u>304.402</u> | <u>93</u> | <u>-2.525</u> |
| Vorräte | 15 | 0 | 15 | 0 | 0 |
| Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 5.434 | 2 | 4.561 | 1 | 873 |
| Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen | 4.802 | 1 | 8.947 | 3 | -4.145 |
| Privatrechtliche Forderungen | 182 | 0 | 635 | 0 | -453 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 4.179 | 1 | 2.324 | 1 | 1.855 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | <u>8.344</u> | <u>2</u> | <u>7.415</u> | <u>2</u> | <u>929</u> |
| Kurzfristig gebundenes Vermögen | <u>22.956</u> | <u>6</u> | <u>23.897</u> | <u>7</u> | <u>-941</u> |
| Liquide Mittel | 1.343 | 0 | 1.260 | 0 | 83 |
| Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | <u>23.987</u> | <u>7</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>23.987</u> |
| | <u>350.163</u> | <u>100</u> | <u>329.559</u> | <u>100</u> | <u>20.604</u> |

Kapitalstruktur

| | 2012 | | 2011 | | +/- |
|---|----------------|------------|----------------|------------|---------------|
| | <u>TEUR</u> | <u>%</u> | <u>TEUR</u> | <u>%</u> | <u>TEUR</u> |
| Basis-Reinvermögen | 59.598 | 17 | 59.598 | 18 | 0 |
| Rücklagen | 267 | 0 | 254 | 0 | 13 |
| Jahresergebnis | -83.852 | -24 | -59.609 | -18 | -24.243 |
| Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | <u>23.987</u> | <u>7</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>23.987</u> |
| Nettoposition | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>243</u> | <u>0</u> | <u>-243</u> |
| Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 75.018 | 21 | 77.741 | 24 | -2.723 |
| Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte | 6.586 | 2 | 7.211 | 2 | -625 |
| Sonderposten für den Gebührenaussgleich | 11 | 0 | 11 | 0 | 0 |
| Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten | 4.774 | 1 | 3.599 | 1 | 1.175 |
| Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 17.392 | 5 | 16.871 | 5 | 521 |
| Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen | 146.425 | 42 | 143.055 | 43 | 3.370 |
| Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen | 5.919 | 2 | 6.797 | 2 | -878 |
| Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten | <u>205</u> | <u>0</u> | <u>205</u> | <u>0</u> | <u>0</u> |
| Langfristiges Fremdkapital | <u>256.330</u> | <u>73</u> | <u>255.490</u> | <u>77</u> | <u>840</u> |
| Sonstige Geldschulden | 4.410 | 1 | 1.502 | 0 | 2.908 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | -237 | 0 | 1.399 | 0 | -1.636 |
| Transferverbindlichkeiten | -44 | 0 | 309 | 0 | -353 |
| Liquiditätskredite | 67.176 | 19 | 43.451 | 13 | 23.725 |
| Übrige Verbindlichkeiten und RAP | 2.657 | 1 | 3.768 | 1 | -1.111 |
| Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen | 2.272 | 1 | 1.817 | 1 | 455 |
| Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren | 2.954 | 1 | 3.797 | 1 | -843 |
| Andere Rückstellungen | <u>14.645</u> | <u>4</u> | <u>17.783</u> | <u>7</u> | <u>-3.138</u> |
| Kurzfristiges Fremdkapital | <u>93.833</u> | <u>27</u> | <u>73.826</u> | <u>23</u> | <u>20.007</u> |
| | <u>350.163</u> | <u>100</u> | <u>329.559</u> | <u>100</u> | <u>20.604</u> |

Kennzahlen Vermögens- und Finanzlage

| | 2012 | 2011 | 2010 | 2009 | 2008 |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|
| Vermögenslage | | | | | |
| Anlagenintensität | 92,6 | 92,4 | 92,6 | 93,2 | 93,8 |
| Finanzlage | | | | | |
| Nettopositionsquote I (ohne Sonderposten) | -7,4 | 0,1 | 3,9 | 3,3 | 12,9 |
| Nettopositionsquote II (mit Sonderposten) | 19,1 | 26,9 | 31,1 | 34,7 | 45,5 |
| Anlagendeckung | 105,6 | 113,1 | 113,0 | 121,8 | 126,4 |
| kurzfristige Verbindlichkeitsquote | 22,7 | 15,3 | 17,3 | 12,3 | 10,4 |

Die Kennzahl Anlagenintensität stellt das Verhältnis der langfristigen Aktiva zur Bilanzsumme dar. Es wird deutlich, dass eine kommunale Bilanz grundsätzlich dadurch geprägt ist, dass der wesentliche Anteil der Bilanzsumme aus Anlagevermögen besteht.

Nur unter Einbeziehung der Sonderposten, die bei zweckentsprechender Verwendung eigenkapitalähnlichen Charakter haben, ist die Stadt Wilhelmshaven mit einer Nettopositionsquote von 19,1 % zum 31.12.2012 mittelfristig betrachtet mit einem als noch ausreichend zu bezeichnenden Eigenkapital ausgestattet. Ohne Einbeziehung der Sonderposten ist das Eigenkapital bereits negativ bzw. aufgezehrt, es ergibt sich daher rechnerisch eine Quote von -7,4%.

Die Kennzahl Anlagendeckung wird aus dem Verhältnis der Nettoposition und dem langfristigen Fremdkapital zu den langfristigen Aktiva ermittelt und beschreibt, in welchem Umfang die langfristigen Aktiva fristenkongruent durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital finanziert wurden. Ein Wert von 100% ist anzustreben.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sind im Vergleich zu den Vorjahren erheblich gestiegen und stellen mit 22,7 % fast ein Viertel am Gesamtkapital dar.

Ertragslage

| | 2012 | | 2011 | | +/- | |
|---|------------------------|--------------------|------------------------|--------------------|-----------------------|-------------------|
| | TEUR | % | TEUR | % | TEUR | % |
| Steuern und ähnliche Abgaben | 59.425 | 30 | 66.246 | 33 | -6.821 | -10 |
| Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 63.374 | 32 | 60.774 | 30 | 2.600 | 4 |
| Auflösungserträge aus Sonderposten | 5.456 | 2 | 5.031 | 3 | 425 | 8 |
| Sonstige Transfererträge | 4.245 | 2 | 3.614 | 2 | 631 | 17 |
| Öffentlich-rechtliche Entgelte | 9.245 | 5 | 7.805 | 4 | 1.440 | 18 |
| Privatrechtliche Entgelte | 280 | 0 | 262 | 0 | 18 | 7 |
| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 40.791 | 21 | 37.818 | 19 | 2.973 | 8 |
| Zinsen und ähnliche Finanzerträge | 6.343 | 3 | 8.799 | 4 | -2.456 | -28 |
| Sonstige ordentliche Erträge | <u>9.615</u> | <u>5</u> | <u>9.212</u> | <u>5</u> | <u>403</u> | <u>4</u> |
| Ordentliche Erträge | <u>198.774</u> | <u>100</u> | <u>199.561</u> | <u>100</u> | <u>-787</u> | <u>0</u> |
| Aufwendungen für aktives Personal | -41.137 | -21 | -40.728 | -20 | -409 | 1 |
| Aufwendungen für Versorgung | -696 | 0 | -867 | 0 | 171 | -20 |
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -5.017 | -3 | -4.681 | -2 | -336 | 7 |
| Abschreibungen | -10.975 | -6 | -10.216 | -5 | -759 | 7 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | -2.084 | -1 | -1.123 | -1 | -961 | 86 |
| Transferaufwendungen | -72.562 | -37 | -69.898 | -35 | -2.664 | 4 |
| Sonstige ordentliche Aufwendungen | <u>-87.476</u> | <u>-44</u> | <u>-81.176</u> | <u>-41</u> | <u>-6.300</u> | <u>8</u> |
| Ordentliche Aufwendungen | <u>-219.947</u> | <u>-112</u> | <u>-208.689</u> | <u>-104</u> | <u>-11.258</u> | <u>5</u> |
| Außergewöhnliche Erträge | <u>3.814</u> | <u>2</u> | <u>1.778</u> | <u>1</u> | <u>2.036</u> | <u>>100</u> |
| Außergewöhnliche Aufwendungen | <u>-6.884</u> | <u>-3</u> | <u>-5.250</u> | <u>-3</u> | <u>-1.634</u> | <u>31</u> |
| Außerordentliches Ergebnis | <u>-3.070</u> | <u>-1</u> | <u>-3.472</u> | <u>-2</u> | <u>402</u> | <u>-12</u> |
| Jahresergebnis | <u>-24.243</u> | <u>-13</u> | <u>-12.600</u> | <u>-6</u> | <u>-11.643</u> | <u>92</u> |

Kennzahlen Ertragslage

| | 2012 | 2011 | 2010 | 2009 | 2008 |
|-------------------------------------|------|------|------|------|------|
| Ertragslage | | | | | |
| Eigenkapitalreichweite (in Jahren) | 0,0 | 1,0 | 1,6 | 2,0 | 2,5 |
| Personalintensität I | 18,7 | 19,5 | 19,6 | 19,5 | 19,9 |
| Sach- und Dienstleistungsintensität | 2,3 | 2,2 | 2,3 | 2,4 | 2,5 |
| Zinsaufwandsquote | 0,9 | 0,5 | 0,3 | 0,2 | 0,5 |
| Ordentliche Ergebnisquote | 87,4 | 72,4 | 83,0 | 31,7 | 82,5 |

Die Eigenkapitalreichweite wird aus dem Verhältnis des Basis-Reinvermögens zuzüglich der Rücklagen zum Jahresergebnis ermittelt und gibt an, nach wie vielen Jahren das Eigenkapital voraussichtlich durch Jahresfehlbeträge aufgebraucht sein wird. Rechnerisch war dies im Berichtsjahr der Fall.

Die Personalintensität gibt den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen an. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad an Ausgliederungen in der Kommune zu beachten.

Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Die Zinsaufwandsquote verdeutlicht, in welchem Umfang sich die vorhandenen Kredite auf die aktuelle Haushaltssituation der Stadt auswirken. Eine hohe Zinsaufwandsquote engt den finanziellen Spielraum der Kommune ein.

Die ordentliche Ergebnisquote zeigt an, inwiefern das Jahresergebnis auf den ordentlichen Bereich zurückzuführen ist.

1. Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung zum 31. Dezember 2012

AKTIVSEITE

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---------------------|-------------------|----------------|
| 1.1 Lizenzen | 91.763,00 | 136.534,00 |

Ausgewiesen werden Lizenzen für Software im Eigentum der Kernverwaltung.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| 1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 42.946.558,03 | 43.355.992,68 |

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---------------------|----------------------|
| Stand am 1.1.2012 | 43.355.992,68 |
| Zugänge | <u>2.936.820,34</u> |
| Abschreibungen | <u>-3.346.254,99</u> |
| Stand am 31.12.2012 | <u>42.946.558,03</u> |

Der Bestand wurde planmäßig abgeschrieben.

| | <u>31.12.2012</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR |
|---|--------------------------|-----------------------|
| 1.3 Aktivierter Umstellungsaufwand | 427.999,00 | 475.554,00 |

Die hier ausgewiesenen Aufwendungen für die Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens auf das NKR der Jahre 2004 bis 2006 verringerten sich um die planmäßige Abschreibung.

| | <u>31.12.2012</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR |
|--|--------------------------|-----------------------|
| 2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 262.908,97 | 29.417.066,53 |

Die Verminderung des Wertes der unbebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte um MioEUR 29,2 resultiert aus der Übertragung des Infrastrukturvermögens an TBW. Ausgewiesen werden hier jetzt nur noch Kompensationsflächen.

| | <u>31.12.2012</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR |
|--|--------------------------|-----------------------|
| 2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 168.157,98 | 2.505.194,20 |

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | <u>EUR</u> | <u>EUR</u> |
|-----------------------|------------------|----------------------|
| Stand am 1.1.2012 | | 2.505.194,20 |
| Zugänge (Spielgeräte) | | <u>69.706,01</u> |
| Abgänge | -2.398.170,46 | |
| Abschreibungen | <u>-8.571,77</u> | <u>-2.406.742,23</u> |
| Stand am 31.12.2012 | | <u>168.157,98</u> |

Im Wesentlichen ist die Veränderung der bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte auf die Übertragung des Infrastrukturvermögens an TBW (2.398.170,46 €) zurückzuführen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|----------------------------------|-------------------|----------------|
| 2.3 Infrastrukturvermögen | 3.592.463,04 | 53.189.840,86 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---------------------|----------------------|
| Grund und Boden des Infrastrukturvermögens | 0,00 | 6.125.100,58 |
| Brücken und Tunnel | 0,00 | 9.260.250,00 |
| Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen | 2.817.748,71 | 34.504.962,08 |
| Wasserbauliche Anlagen | 523.452,07 | 288.335,25 |
| Friedhofsflächen und -anlagen | 251.262,26 | 2.660.898,50 |
| Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens | 0,00 | 350.294,45 |
| | <u>3.592.463,04</u> | <u>53.189.840,86</u> |

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR | EUR |
|---------------------|--------------------|-----------------------|
| Stand am 1.1.2012 | | 53.189.840,86 |
| Zugänge | | <u>2.711.808,22</u> |
| Abgänge | -52.207.251,66 | |
| Abschreibungen | <u>-101.934,38</u> | <u>-52.309.186,04</u> |
| Stand am 31.12.2012 | | <u>3.592.463,04</u> |

Der Rückgang um MioEUR 52,2 resultiert aus der Übertragung des Infrastrukturvermögens an TBW. Es verbleiben lediglich Vermögensgegenstände, die zum Übertragungszeitpunkt (01.01.2012) noch nicht fertiggestellt waren. Diese Gegenstände wurden zunächst unter den Anlagen im Bau ausgewiesen und wurden daher korrigiert.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| 2.4 Bauten auf fremden Grundstücken | 12.847,00 | 13.550,00 |

Es werden Planungskosten zur Erweiterung der Flutlichtanlage des Jadestadions ausgewiesen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| 2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler | 1.321.117,00 | 1.321.117,00 |

Ausgewiesen werden im Wesentlichen Gemälde und Dauerleihgaben an das Küstenmuseum Wilhelmshaven. Die Bewertung erfolgt zulässigerweise in Form eines Festwertes mit dem Versicherungswert der Kunstgegenstände. Dieser Wert hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Ferner gab es im Haushaltsjahr keine Zu- und Abgänge.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| 2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge | 1.283.290,00 | 1.493.725,00 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--------------------|---------------------|---------------------|
| PKW | 93.650,00 | 90.929,00 |
| LKW | 3.998,00 | 10.658,00 |
| Anhänger | 2.572,00 | 4.316,00 |
| sonstige Fahrzeuge | 646.833,00 | 785.611,00 |
| Maschinen | 27.405,00 | 33.246,00 |
| Technische Anlagen | 508.832,00 | 568.965,00 |
| | <u>1.283.290,00</u> | <u>1.493.725,00</u> |

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | <u>EUR</u> | <u>EUR</u> |
|---------------------|--------------------|---------------------|
| Stand am 1.1.2012 | | 1.493.725,00 |
| Zugänge | | <u>56.427,32</u> |
| Abgänge | -718,89 | |
| Abschreibungen | <u>-266.143,43</u> | <u>-266.862,32</u> |
| Stand am 31.12.2012 | | <u>1.283.290,00</u> |

Die Zugänge bestehen zum größten Teil aus sonstigen Fahrzeugen (EUR 30.365,59) und PKW (EUR 20.000,00).

Bei den Abgängen handelt es sich im wesentlichen um sonstige Fahrzeuge sowie technische Anlagen.

Wie im Vorjahr ergaben sich bei der stichprobenartigen Prüfung Fehler bei den Anschaffungswerten, Zugangszeitpunkten und Nutzungsdauern. Im Vergleich zum Vorjahr sind jedoch weniger Stichproben fehlerhaft gewesen. Zusätzlich wurden durch das EDV-Programm trotz richtiger Eingaben teilweise falsche Abschreibungen und somit auch falsche Restbuchwerte ermittelt, in einem Fall fehlte die Abschreibung.

Die Fehler führten sowohl zu hohen als auch zu niedrigen Ausweisen. Eine Aufrechnung aller festgestellten Fehler ergab daher nur eine unwesentliche Auswirkung, von Korrekturen wurde deshalb abgesehen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| 2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere | 4.970.433,34 | 4.950.068,97 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---------------------|---------------------|
| Betriebsvorrichtungen | 132.477,00 | 146.311,00 |
| Büromöbel | 796.512,00 | 895.820,47 |
| Kopierer | 61.061,00 | 62.359,00 |
| Faxgeräte | 6,00 | 6,00 |
| PC-Hardware | 239.297,00 | 272.221,00 |
| Literatur | 520,00 | 1.182,00 |
| Kameras | 7.237,00 | 9.148,00 |
| Werkzeug | 6.395,00 | 8.207,00 |
| Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung | 2.839.896,34 | 2.720.547,50 |
| Nutzpflanzen und -tiere | 7.500,00 | 7.500,00 |
| Geringwertige Vermögensgegenstände | <u>879.532,00</u> | <u>826.767,00</u> |
| | <u>4.970.433,34</u> | <u>4.950.068,97</u> |

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR | EUR |
|---------------------|----------------------|----------------------|
| Stand am 1.1.2012 | | 4.950.068,97 |
| Zugänge | | <u>1.046.278,20</u> |
| Abgänge | -383,30 | |
| Abschreibungen | <u>-1.025.530,53</u> | <u>-1.025.913,83</u> |
| Stand am 31.12.2012 | | <u>4.970.433,34</u> |

Die Zugänge bestehen zum größten Teil aus sonstiger Betriebs- und Geschäftsausstattung (EUR 495.784,40) und geringwertigen Vermögensgegenständen (EUR 400.814,04). Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Ausstattung der Schulen.

Bei den Abgängen handelt es sich hauptsächlich um Büromöbel sowie eine Küchengruppe.

Wie im Vorjahr ergaben sich auch hier bei der stichprobenartigen Prüfung Fehler bei den Anschaffungswerten, Zugangszeitpunkten und Nutzungsdauern. Im Vergleich zum Vorjahr sind jedoch weniger Stichproben fehlerhaft gewesen. Zusätzlich wurden durch das EDV-Programm trotz richtiger Eingaben teilweise falsche Abschreibungen und somit auch falsche Restbuchwerte ermittelt.

Die Fehler führten sowohl zu zu hohen als auch zu niedrigen Ausweisen. Eine Aufrechnung aller festgestellten Fehler ergab daher nur eine unwesentliche Auswirkung, von Korrekturen wurde deshalb abgesehen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--------------------|-------------------|----------------|
| 2.9 Vorräte | 15.000,00 | 15.000,00 |

Ausgewiesen wird ein Festwert für den Papiervorrat, der anhand der Beschaffungskosten für das Papierlager ermittelt wurde.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| 2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 5.433.657,10 | 4.560.945,28 |

Unter den geleisteten Anzahlungen befinden sich im Wesentlichen Zahlungen für die Kompensationsmaßnahmen in Höhe von EUR 2.630.331,71. Weitere herausragende Posten sind die Verlängerung der BAB 29 (EUR 1.500.000,00) und die Straße "Am Handels-hafen" (EUR 990.672,78). Die Maßnahme Jadeallee konnte in 2012 fertig gestellt werden und wurde daher ins Infrastrukturvermögen umgegliedert.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| 3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 885.219,46 | 885.219,46 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Gesell- schafts- kapital EUR | Anteil am Gesellschaftskapital | | Buchwert 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--------------|---------------------------------------|--------------------------------|--------|-------------------------------|-------------------|
| | EUR | EUR | % | EUR | EUR |
| WTFS GmbH | 513.000,00 | 359.407,80 | 70,06 | 359.407,80 | 359.407,80 |
| BSW GmbH | 290.564,59 | 290.564,59 | 100,00 | 290.564,59 | 290.564,59 |
| WFG GmbH | 25.564,59 | 25.564,59 | 100,00 | 25.564,59 | 25.564,59 |
| VHS/MS gGmbH | 209.682,48 | 209.682,48 | 100,00 | <u>209.682,48</u> | <u>209.682,48</u> |
| | | | | 885.219,46 | 885.219,46 |

Verbundene Unternehmen sind solche, an denen die Kommune beteiligt ist und die unter deren beherrschendem Einfluss stehen. Dies ist anzunehmen, wenn die Kommune mehr als 50% der Stimmrechte besitzt.

Im Vergleich zum 31.12.2011 gab es keine Veränderungen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--------------------------|-------------------|----------------|
| 3.2 Beteiligungen | 1.759.426,68 | 1.759.426,68 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Gesellschafts- kapital EUR | Anteil am Gesellschafts- kapital EUR | Buchwert EUR | Vorjahr EUR |
|--------------------------------|----------------------------------|---|---------------------|---------------------|
| Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH | 22.841.833,35 | 1.370.510,00 | 1.370.510,00 | 1.370.510,00 |
| TCN Marketing GmbH | 26.000,00 | 2.600,00 | 2.600,00 | 2.600,00 |
| IWAG GmbH | 242.262,83 | 38.762,05 | 38.762,05 | 38.762,05 |
| Ostfriesland Tourismus GmbH | 930.250,00 | 132.560,63 | 132.560,63 | 132.560,63 |
| KVG GmbH | 332.000,00 | 67.064,00 | 67.064,00 | 67.064,00 |
| JadeBay Entwicklungs-GmbH | 26.000,00 | 6.500,00 | 6.500,00 | 6.500,00 |
| JadeWeserPort Info-Center GmbH | 660.000,00 | 141.430,00 | <u>141.430,00</u> | <u>141.430,00</u> |
| | | | <u>1.759.426,68</u> | <u>1.759.426,68</u> |

Beteiligungen sind Anteile der Kommune an Unternehmen und Einrichtungen, die in der Absicht gehalten werden, eine dauerhafte Verbindung zu diesen Unternehmen und Einrichtungen herzustellen. Entscheidend ist hierbei die Beteiligungsabsicht und nicht die Beteiligungshöhe.

Im Vergleich zum 31.12.2011 gab es keine Veränderungen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| 3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung | 197.196.203,18 | 114.903.854,60 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|-----------------------------|-----------------------|-----------------------|
| Reinhard-Nieter-Krankenhaus | 5.831.478,40 | 5.831.478,40 |
| Bidegast-Vereinigung | 10.305,72 | 0,00 |
| GGs | 34.557.483,23 | 34.557.483,23 |
| SDW | 2.065.371,08 | 2.065.371,08 |
| TBW | 154.303.202,30 | 72.023.338,13 |
| Willy-Land-Stiftung | 33.233,97 | 33.233,97 |
| Franz-Kuhlmann-Stiftung | 235.196,38 | 233.017,69 |
| Käthe-Hauptmann-Stiftung | 133.600,57 | 133.600,57 |
| Arthur-Hachmann-Stiftung | 10.481,48 | 10.481,48 |
| Erna-Reith-Stiftung | 5.624,21 | 5.624,21 |
| Else-Klar-Stiftung | <u>10.225,84</u> | <u>10.225,84</u> |
| | <u>197.196.203,18</u> | <u>114.903.854,60</u> |

Zum Sondervermögen mit Sonderrechnung gehören insbesondere die Eigenbetriebe als wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sowie die rechtlich unselbständigen Stiftungen.

Die Erhöhung des Beteiligungsansatzes des Eigenbetriebs TBW ist auf die Übertragung des Infrastrukturvermögens zurückzuführen.

Das Vermögen der Franz-Kuhlmann-Stiftung hat sich aufgrund von Zinserträgen und Entnahmen gem. Stiftungszweck geringfügig verändert.

Der in 2012 zugegangene Betrag der Bidegast-Vereinigung e. V. dient zur Unterbringung, Erhaltung und Pflege der "Sammlung Bromberg".

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|-------------------------|-------------------|----------------|
| 3.4 Ausleihungen | 46.958.923,65 | 49.994.976,28 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--------------------------------|-------------------|----------------|
| Ausleihung an GGS | 45.793.541,75 | 45.828.632,09 |
| Gesellschafterdarlehen WTF-S | 0,00 | 3.596.687,89 |
| Wohnungsbaudarlehen | 158.397,24 | 189.074,75 |
| Schuldscheindarlehen | 8.700,00 | 9.000,00 |
| Ausleihung an die VHS/MS gGmbH | 717.000,00 | 129.000,00 |
| Sonstiges Darlehen | 55.284,66 | 56.581,55 |
| Ausleihung an die KVG GmbH | 226.000,00 | 186.000,00 |
| | 46.958.923,65 | 49.994.976,28 |

Ausleihungen stellen langfristige Forderungen aus Geld- oder Finanzgeschäften dar, dazu zählen vor allem Darlehen, Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden. Sie sind mit ihrem Anschaffungswert anzusetzen.

Grundsätzlich war eine planmäßige Tilgung und somit eine Werthaltigkeit der Ausleihungen gegeben. Auf die Ausleihung an die WTF-S GmbH wurde von der Kämmerei eine Einzelwertberichtigung vorgenommen. Die Darlehen im Konzernverbund werden sonst spiegelbildlich in den jeweiligen Bilanzen der Eigenbetriebe und Gesellschaften abgebildet.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| 3.5 Öffentlich-rechtliche Forderungen | 4.469.023,30 | 6.710.988,38 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|----------------------|----------------------|
| Öffentlich-rechtliche Forderungen | 2.065.080,83 | 10.327.945,17 |
| Kommunale Steuern / übrige öffentlich-rechtliche Forderungen | <u>6.973.880,23</u> | <u>1.250.628,05</u> |
| Bruttowert der Forderungen | 9.038.961,06 | 11.578.573,22 |
| abzüglich Einzelwertberichtigungen | -1.605.597,92 | -1.605.597,92 |
| abzüglich Pauschalwertberichtigung | <u>-2.964.339,84</u> | <u>-3.261.986,92</u> |
| Bilanzansatz | <u>4.469.023,30</u> | <u>6.710.988,38</u> |

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen (z. B. Steuern, Gebühren, Beiträge) setzen sich überwiegend aus einer Vielzahl von Kleinbeträgen zusammen, es sind aber auch vereinzelt weitaus höhere Beträge von über TEUR 100 vorhanden (Gewerbsteuerforderungen).

Zur Prüfung wurden wiederum Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Werthaltigkeit geprüft wurden. Dabei fiel auf, dass teilweise interne Forderungen zwischen Fachbereichen der Kernverwaltung ausgewiesen wurden, wodurch sich der Forderungs- sowie der Verbindlichkeitenbestand aber noch nicht wesentlich erhöht. Die Kämmerei wurde auf diese Problematik hingewiesen.

Auffällig war weiterhin die mehrfache Führung von Personenkonten für identische Zahlungspartner bei den Steuerforderungen. Bei den geprüften Stichproben ergaben sich im Saldo jedoch die richtigen Forderungsbeträge.

Einzelwertberichtigungen wurden nur in einem Fall vorgenommen. Zum Ausgleich fehlender Einzelwertberichtigungen wurden Pauschalwertberichtigungen gebildet. Die Quote der Pauschalwertberichtigungen ist mittlerweile auf rund 40% des Forderungsbestandes angewachsen. Dieser hohe Wert kann mit der Vielzahl an Altforderungen erklärt werden (teilweise Gewerbesteuerforderungen 20 Jahre und älter).

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| | <hr/> | <hr/> |
| 3.6 Forderungen aus Transferleistungen | 332.680,67 | 2.236.281,23 |
| | <hr/> | <hr/> |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|------------------------------------|-------------------|---------------------|
| | <hr/> | <hr/> |
| Forderungen aus Transferleistungen | 554.468,24 | 3.322.989,08 |
| abzüglich Pauschalwertberichtigung | <hr/> -221.787,57 | <hr/> -1.086.707,85 |
| | 332.680,67 | 2.236.281,23 |
| | <hr/> | <hr/> |

Die Forderungen aus Transferleistungen (z. B. Kosten der Unterkunft, Forderungen aus bewilligten Landes- oder Bundeszuweisungen) setzen sich überwiegend aus einer Vielzahl von Kleinbeträgen zusammen.

Zur Prüfung wurden wiederum Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Werthaltigkeit geprüft wurden. Auch hier besteht das Problem des Ausweises interner Forderungen.

Zum Ausgleich fehlender Einzelwertberichtigungen wurden Pauschalwertberichtigungen gebildet. Die Quote der Pauschalwertberichtigungen ist mittlerweile auf rund 40% des Forderungsbestandes angewachsen. Dieser hohe Wert kann mit der Vielzahl an Altforderungen erklärt werden.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| 3.7 Sonstige privatrechtliche Forderungen | 182.272,91 | 635.352,78 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|--------------------|--------------------|
| Privatrechtliche Ford. aus Dienstleistungen | 68.592,46 | 325.361,57 |
| Übrige privatrechtliche Forderungen | <u>237.815,28</u> | <u>619.281,42</u> |
| Bruttowert der Forderungen | 306.407,74 | 944.642,99 |
| abzüglich Pauschalwertberichtigung | <u>-124.134,83</u> | <u>-309.290,21</u> |
| Bilanzansatz | <u>182.272,91</u> | <u>635.352,78</u> |

Die sonstigen privatrechtlichen Forderungen (z. B. Mieten und Pachten, Gewinnanteile, Verkaufserlöse von Vermögensgegenständen) setzen sich überwiegend aus einer Vielzahl von Kleinbeträgen zusammen, es sind aber auch vereinzelt weitaus höhere Beträge von über TEUR 100 vorhanden (Verwaltungskostenerstattungen).

Zur Prüfung wurden wiederum Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Werthaltigkeit geprüft wurden. Auch hier besteht das Problem des Ausweises interner Forderungen.

Zum Ausgleich fehlender Einzelwertberichtigungen wurden Pauschalwertberichtigungen gebildet. Die Quote der Pauschalwertberichtigungen ist mittlerweile auf rund 40% des Forderungsbestandes angewachsen. Dieser hohe Wert kann mit der Vielzahl an Altforderungen erklärt werden.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| 3.8 Sonstige Vermögensgegenstände | 4.179.264,93 | 2.323.764,53 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|---------------------|---------------------|
| Versorgungsrücklage | 2.206.619,57 | 1.897.277,91 |
| Überzahlungen WTFS | 1.413.843,46 | 163.582,13 |
| Forderung aus der Veräußerung von Gesellschaftsanteilen und weitere | <u>558.801,90</u> | <u>262.904,49</u> |
| | <u>4.179.264,93</u> | <u>2.323.764,53</u> |

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--------------------------|-------------------|----------------|
| 4. Liquide Mittel | 1.343.498,08 | 1.260.161,70 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---------------------|---------------------|
| Sparkasse Wilhelmshaven, laufendes Konto | 598.853,69 | 1.015.437,00 |
| Sparkasse Wilhelmshaven, laufendes Konto | 127.187,42 | 111.960,98 |
| Sparkasse Wilhelmshaven, Tagesgeldkonto | 505.467,56 | 367,15 |
| Hypo Vereinsbank, laufendes Konto | 3.362,69 | 9.801,37 |
| Postbank Hannover, laufendes Konto | 25.662,70 | 45.995,92 |
| Kassenautomat Stadtkasse | 38.564,03 | 48.302,81 |
| Weitere Wechselgeld- und Handvorschüsse bzw. Zahlstellen | <u>44.399,99</u> | <u>28.296,47</u> |
| | <u>1.343.498,08</u> | <u>1.260.161,70</u> |

Die liquiden Mittel werden mit dem Nennwert ausgewiesen. Die Bankbestände wurden mit den Kontoauszügen abgeglichen, zusätzlich wurden Bankbestätigungen eingeholt.

Zu beachten ist, dass die korrekten Bestände nur über Anpassungsbuchungen gegen Reinvermögen zustandegekommen sind, da im laufenden Buchungsgeschäft Fehler in den einzelnen Modulen DKW (Kassenwesen) und DFM (Finanzbuchhaltung) der Finanzsoftware ProFiskal auftreten. Da sich diese Probleme nicht beheben lassen, ist erst mit der Einführung der neuen Finanzsoftware mit einer fehlerfreien Abbildung der liquiden Mitteln zu rechnen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--------------------------------------|-------------------|----------------|
| | <hr/> | <hr/> |
| 5. Aktive Rechnungsabgrenzung | 8.344.041,73 | 7.414.957,00 |
| | <hr/> | <hr/> |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|---------------------|---------------------|
| | <hr/> | <hr/> |
| Beamtenbesoldung für Januar Folgejahr | 1.119.969,93 | 1.128.725,88 |
| Versorgungsumlage Folgejahr | 1.767.750,00 | 1.724.750,00 |
| Sonstige Aktive Rechnungsabgrenzungsposten | 55.293,63 | 11.616,41 |
| Kosten der Unterkunft Januar Folgejahr | 1.646.346,91 | 1.695.557,29 |
| Soziale Leistungen Folgejahr | <u>3.754.681,46</u> | <u>2.854.307,42</u> |
| | <hr/> | <hr/> |
| | 8.344.041,93 | 7.414.957,00 |
| | <hr/> | <hr/> |

Die Erhöhung der Abgrenzung lässt sich im Wesentlichen auf gestiegene Abgrenzungen im sozialen Bereich zurückführen (+ TEUR 900).

PASSIVSEITE

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---------------------------|-------------------|----------------|
| | <hr/> | <hr/> |
| 1.1.1 Reinvermögen | 59.598.132,22 | 59.598.132,22 |
| | <hr/> | <hr/> |

Das Reinvermögen innerhalb der Nettosition ist die Restgröße, dessen Höhe sich aus der Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Schulden (restliche Passiva) ergibt.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---------------------------------------|-------------------|----------------|
| | <hr/> | <hr/> |
| 1.2.1 Zweckgebundene Rücklagen | 266.837,05 | 255.737,05 |
| | <hr/> | <hr/> |

Beim Betrag von EUR 231.587,12 handelt es sich um das ursprüngliche Vermögen der 6 unselbständigen Stiftungen und der Bidegast-Vereinigung e. V. Das Vermögen zum Bilanzstichtag wird als Sondervermögen auf der Aktivseite ausgewiesen. Die Absetzung des ursprünglichen Vermögens auf der Passivseite erfolgt, da die Stadt Wilhelmshaven das Vermögen der Stiftungen nicht für eigene Zwecke in Anspruch nehmen darf.

Der weitere Betrag von EUR 35.249,93 stellt die Rücklage aus Überschüssen der kostenrechnenden Einrichtung "Wochenmärkte" dar.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| | <hr/> | <hr/> |
| 1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren | -59.609.091,93 | -47.009.558,75 |
| | <hr/> | <hr/> |

Ausgewiesen werden die aufgelaufenen Jahresfehlbeträge der Vorjahre, nachdem die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses aus 2007 verrechnet wurden.

| | <u>31.12.2012</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR |
|--|--------------------------|-----------------------|
| 1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag | -24.242.571,25 | -12.599.533,18 |

| | <u>31.12.2012</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR |
|---|--------------------------|-----------------------|
| 1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 75.017.757,13 | 77.740.918,88 |

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | <u>EUR</u> | <u>EUR</u> |
|---------------------|---------------------|----------------------|
| Stand am 1.1.2012 | | 77.740.918,88 |
| Zugänge | 532.066,23 | |
| Umbuchungen | <u>1.567.330,73</u> | <u>2.099.396,96</u> |
| Auflösungen | | <u>-4.822.558,71</u> |
| Stand am 31.12.2012 | | <u>75.017.757,13</u> |

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| 1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte | 6.585.960,39 | 7.211.167,00 |

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR | EUR |
|---------------------|----------|--------------|
| Stand am 1.1.2012 | | 7.211.167,00 |
| Zugänge | 1.200,00 | |
| Umbuchungen | 6.603,78 | 7.803,78 |
| Auflösungen | | -633.010,39 |
| Stand am 31.12.2012 | | 6.585.960,39 |

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---------------------------------|-------------------|----------------|
| 1.4.3 Gebührenaussgleich | 11.292,45 | 11.204,73 |

Es wird die Gebührenüberdeckung für die kostenrechnende Einrichtung "Wochenmärkte" ausgewiesen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| 1.4.4 erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten | 4.774.146,96 | 3.599.124,98 |

Es handelt sich um Abschlagszahlungen für Fremdfinanzierungsanteile, z. B. vom Land Niedersachsen für den Straßenbau. Die Anzahlungen betreffen hauptsächlich die Maßnahmen Verlängerung BAB 29 und die Kompensationsflächen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| 2.1.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 17.392.333,87 | 16.870.822,81 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|-------------|-------------------|----------------|
| Commerzbank | 4.926.589,94 | 5.470.225,35 |
| WL-Bank | 1.270.084,89 | 0,00 |
| BayernLB | 11.195.659,04 | 11.400.597,46 |
| | 17.392.333,87 | 16.870.822,81 |

Es handelt sich um Annuitätendarlehen, die Beträge wurden mit den Tilgungsplänen abgeglichen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---------------------------------|-------------------|----------------|
| 2.1.2 Liquiditätskredite | 67.176.000,00 | 43.451.000,00 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|------------------|-------------------|----------------|
| ING Diba | 21.000.000,00 | 10.900.000,00 |
| Hypo Vereinsbank | 20.000.000,00 | 20.000.000,00 |
| GGS | 0,00 | 908.000,00 |
| SDW | 479.000,00 | 558.000,00 |
| TBW | 10.697.000,00 | 11.085.000,00 |
| BayernLB | 15.000.000,00 | 0,00 |
| | 67.176.000,00 | 43.451.000,00 |

Die Liquiditätskredite werden mit dem Nennwert ausgewiesen. Es erfolgte ein Abgleich mit der Saldenmitteilung der Bank bzw. den Bilanzen der Eigenbetriebe, zusätzlich wurden die Darlehensverträge eingesehen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|------------------------------------|-------------------|----------------|
| 2.1.3 Sonstige Geldschulden | 4.409.951,31 | 1.501.793,88 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---------------------------|---------------------|---------------------|
| VHS/MS gGmbH | 40.547,69 | 48.229,18 |
| Nebenkostenabrechnung GGS | 892.494,04 | 0,00 |
| Zweckverband Veterinär | 137.548,68 | 0,00 |
| OFD-Beihilfe | 61.746,20 | 0,00 |
| Segelkameradschaft e.V. | 36.708,40 | 0,00 |
| Sonstige | 6.200,00 | 19.314,34 |
| TBW | 2.925.039,30 | 1.434.250,36 |
| Einkommensteuer | 309.667,00 | 0,00 |
| | 4.409.951,31 | 1.501.793,88 |

Die sonstigen Geldschulden werden mit dem Nennwert ausgewiesen. Es erfolgte ein Abgleich mit den Bilanzen der Eigenbetriebe und Gesellschaften.

Der Verbindlichkeiten gegenüber TBW ergeben sich aus der Erstattung der Abschreibungen für das Infrastrukturvermögen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber GGS ergeben sich aus der Nebenkostenabrechnung.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| | <hr/> | <hr/> |
| 2.2 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | -236.810,57 | 1.398.846,92 |
| | <hr/> | <hr/> |

Aufgrund der Systemumstellung zum 01.01.2013 wurden die Verbindlichkeiten korrigiert. Der Saldo hat sich um TEUR 1.600 auf TEUR 200 Sollsaldo verringert. Darin ausgewiesen werden TEUR 144 Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer. Diese konnten wegen der Systemumstellung nicht unter den Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer ausgewiesen werden.

Die Prüfung erfolgte in Stichproben auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Zahlungsausgleich. Viele Verbindlichkeiten resultieren aus internen Verrechnungen zwischen den Fachbereichen und der Kernverwaltung.

Wie auch schon in den Vorjahren ist der Umgang mit den Kostenerstattungen durch Dritte nicht korrekt. Hier werden die Verbindlichkeiten sowie die entsprechenden Aufwendungen reduziert, obwohl hier eine Forderung bzw. ein Ertrag einzubuchen gewesen wäre. Hieraus ergibt sich auch zum 31.12.2012 der Sollsaldo. Die Korrekturen sind im Berichtsjahr nicht mehr möglich, sollen aber zum Jahresabschluss 2013 erfolgen. Entsprechende laufende Kontrollen wären wünschenswert. Die Kämmerei wurde auf diese Probleme hingewiesen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| | <hr/> | <hr/> |
| 2.3.1 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke | 0,00 | 38.859,70 |
| | <hr/> | <hr/> |

Bei den Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke handelte es sich z. B. um Sportförderungen.

Ansonsten wird auf die Prüfungsfeststellungen zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verwiesen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| 2.3.2 Soziale Leistungsverbindlichkeiten | -43.821,58 | 270.501,89 |

Es handelte sich um einen Überzahlungsbetrag, der von der Höhe aber unbedeutend ist.

Ansonsten wird auf die Prüfungsfeststellungen zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verwiesen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--------------------------------------|-------------------|----------------|
| 2.3.3 Steuerverbindlichkeiten | 0,00 | -217,00 |

Es handelte sich um einen Überzahlungsbetrag, der von der Höhe aber unbedeutend ist.

Ansonsten wird auf die Prüfungsfeststellungen zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verwiesen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|-----------------------------------|-------------------|----------------|
| 2.4.1 Durchlaufende Posten | 3.242.651,33 | 3.263.496,80 |

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--------------------------------------|---------------------|---------------------|
| Verrechnete Mehrwertsteuer | 74.686,77 | 30.458,14 |
| Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer | 133.009,46 | 257.704,19 |
| Sonstige durchlaufende Posten | <u>3.034.955,10</u> | <u>2.975.334,47</u> |
| | <u>3.242.651,33</u> | <u>3.263.496,80</u> |

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--------------------------------------|-------------------|----------------|
| a) Verrechnete Mehrwertsteuer | 74.686,77 | 30.458,14 |

Ausgewiesen wird die für die zum Bilanzstichtag noch nicht ausgeglichene Umsatzsteuer für 2012.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| b) Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer | 133.009,46 | 257.704,19 |

Ausgewiesen wird die für den Monat Dezember 2012 abzuführende Lohn- und Kirchensteuer für die Beamten der Stadt Wilhelmshaven. Der Betrag wurde mit der Lohnsteuer-Anmeldung an das Finanzamt für Dezember 2012 abgeglichen und ist in Ordnung.

Die Lohn- und Kirchensteuer für Arbeitnehmer wird aufgrund der Systemumstellung zum 01.01.2013 bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen. Ein hier zunächst erfolgter Doppelausweis wurde storniert.

Insgesamt betragen die Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer EUR 277.107,30.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| c) Sonstige durchlaufende Posten | 3.034.955,10 | 2.975.334,47 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---------------------------|---------------------|---------------------|
| Verwahrgelder | 2.364.094,01 | 112.253,27 |
| vereinnahmte Gebühren TBW | <u>670.861,09</u> | <u>2.863.081,20</u> |
| | <u>3.034.955,10</u> | <u>2.975.334,47</u> |

Der starke Anstieg der Verwahrgelder ist auf die erstmalige Passivierung von Verwahrkonten zurückzuführen, die bislang gegen Forderungen gebucht wurden.

Ausgewiesen werden von der Kernverwaltung vereinnahmte Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, dabei handelt es sich hauptsächlich um Müllgebühren.

Aufgrund von Fehlbuchungen wurden die Verbindlichkeiten aus vereinnahmten Müll- und Friedhofsgebühren im Vorjahr erheblich zu hoch ausgewiesen. Eine Korrektur ist in 2012 für die Müllgebühren erfolgt. Hieraus resultiert im Wesentlichen auch die erhebliche Wertveränderung.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| 2.4.2 Abzuführende Gewerbesteuer | -586.355,00 | 477.531,00 |

Ausgewiesen wird die Überzahlung zur Gewerbesteuer-Umlage für das Jahr 2012. Die entsprechende "Meldung der Umlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens" wurde von uns bereits Anfang 2013 geprüft und ist in Ordnung.

Auch hier müsste der Ausweis eigentlich unter den Forderungen bzw. sonstigen Vermögensgegenständen erfolgen. Um die Überzahlung explizit darzustellen, erfolgte auf Wunsch der Kämmerei jedoch keine Umgliederung.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|-------------------------------------|-------------------|----------------|
| 2.4.3 Empfangene Anzahlungen | 100,00 | 0,00 |

Es handelt sich um sichergestelltes Bargeld.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| 2.4.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten | 0,00 | 26.512,00 |

Es handelte sich um Verbindlichkeiten für Flüchtlingswohnungen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| 3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen | 146.425.219,75 | 143.055.006,70 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-----------------------|-----------------------|
| Pensionen aktive Beamte Kernverwaltung | 60.283.655,00 | 57.441.241,00 |
| Pensionen Versorgungsempfänger | 68.461.032,00 | 69.114.616,00 |
| Beihilfen aktive Beamte Kernverwaltung | 8.138.293,43 | 7.352.478,85 |
| Beihilfen Versorgungsempfänger | 9.242.239,32 | 8.846.670,85 |
| Pensionen Zweckverband Veterinäramt | 300.000,00 | 300.000,00 |
| | <u>146.425.219,75</u> | <u>143.055.006,70</u> |

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde von der Versorgungskasse Oldenburg nach den gesetzlichen Vorschriften mit dem Programm HAESSLER Pensionsrückstellung HPR 4.5 durchgeführt. Für sämtliche Pensionäre, Hinterbliebene und aktive Beamte der Kernverwaltung wurde die Pensionsrückstellung einzeln auf der Basis von pauschalierten Berechnungsgrundlagen berechnet. Die Berechnungsgutachten wurden eingesehen und zu 100% mit den Zahlungsempfängerlisten (Besoldung, Versorgungsbezüge) abgeglichen. Die Prüfung hat ergeben, dass für alle aktiven Beamten, Pensionäre und Hinterbliebene ein entsprechendes Gutachten vorliegt. Die Gutachten wurden stichprobenweise auf inhaltliche Richtigkeit geprüft, Abweichungen haben sich nicht ergeben.

Soweit aus versicherungsmathematischen Gründen (z. B. Veränderungen der Sterbetafeln) die Pensionsrückstellungen neu zu bewerten sind, werden diese Veränderungen auch bei den Beihilferückstellungen nachvollzogen.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| 3.2 Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen | 5.919.155,31 | 6.796.708,75 |

Der **Posten** hat sich im Berichtsjahr wie folgt **entwickelt**:

| | 1.1.2012 EUR | Inanspruch- nahme EUR | Auflösung EUR | Zuführung EUR | 31.12.2012 EUR |
|--------------------------------------|---------------------|-----------------------------|--------------------|------------------|---------------------|
| Urlaubsrückstellungen | 683.355,04 | 0,00 | 0,00 | 17.048,96 | 700.404,00 |
| Überstundenrückstellungen | 978.972,54 | 0,00 | -404.905,54 | 0,00 | 574.067,00 |
| Rückstellungen für Altersteilzeit | <u>5.134.381,17</u> | <u>0,00</u> | <u>-489.696,86</u> | <u>0,00</u> | <u>4.644.684,31</u> |
| | 6.796.708,75 | 0,00 | -894.602,40 | 17.048,96 | 5.919.155,31 |

Unter dieser Bilanzposition werden die Lohn- und Gehaltszahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit, nicht in Anspruch genommenen Urlaub und geleistete Überstunden ausgewiesen, sofern ein Ausgleich nach dem Bilanzstichtag vorgenommen wurde.

Die Berechnungen der Rückstellungen für Altersteilzeit werden mit dem Programm "Rückstellung Altersteilzeit" durchgeführt. Dieses Programm wurde vom Klinikum Stuttgart entwickelt und hat sich seit Jahren am Markt bei fast 700 Anwendern behauptet, darunter auch beim Reinhard-Nieter-Krankenhaus in Wilhelmshaven. Es wird die vom Hauptfachausschuss des Instituts für Wirtschaftsprüfer vorgegebene Berechnungsmethode angewandt.

Neue Altersteilzeitvereinbarungen wurden eingesehen und die Eingangsdaten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Programm der Rückstellungsberechnung geprüft. Die Berechnungen anhand des Programms sind nachvollziehbar und ergaben keine Abweichungen.

Die Rückstellungen für Urlaubsansprüche und für geleistete Überstunden wurden mit selbst erstellten Excel-Tabellen ermittelt. Die Berechnungen wurden anhand der Formeln geprüft und für in Ordnung befunden.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-------------------|----------------|
| | <hr/> | <hr/> |
| 3.3 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten | 205.000,00 | 205.000,00 |
| | <hr/> | <hr/> |

Unter dieser Rückstellung werden unverändert geschätzte Kosten für die Sicherungsmaßnahmen für ein mit Kampfmitteln belastetes, unbebautes Grundstück ausgewiesen (Bordumer Busch). Die Umzäunung des Grundstücks ist insgesamt erneuerungsbedürftig.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-------------------|----------------|
| | <hr/> | <hr/> |
| 3.4 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen | 2.272.253,59 | 1.816.810,54 |
| | <hr/> | <hr/> |

Ausgewiesen werden Steuerrückstellungen für Betriebe gewerblicher Art sowie evtl. Rückzahlungen erhaltener Gewerbesteuervorauszahlungen. Hinzugekommen ist eine durch die Kernverwaltung zu erstattende evtl. Steuerschuld der WTF-S GmbH.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|-----------------------------|-----------------------------|
| | <u> </u> | <u> </u> |
| 3.5 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren | 2.953.532,80 | 3.796.895,96 |
| | <u> </u> | <u> </u> |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|-----------------------------|-----------------------------|
| | <u> </u> | <u> </u> |
| drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften | 2.876.532,80 | 3.539.895,96 |
| anhängige Gerichtsverfahren | 27.000,00 | 27.000,00 |
| Gerichtsverfahren Kosten der Unterkunft | <u>50.000,00</u> | <u>230.000,00</u> |
| | 2.953.532,80 | 3.796.895,96 |
| | <u> </u> | <u> </u> |

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|----------------------------------|-------------------|----------------|
| 3.6 Andere Rückstellungen | 14.644.575,22 | 17.782.808,28 |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|--|----------------------|----------------------|
| Jubiläen | 161.595,00 | 161.311,00 |
| Leibrenten | 876.564,55 | 883.219,26 |
| VBL Sanierungsgeld | 20.000,00 | 13.383,92 |
| Erstattung Rettungsdienst RNK | 219.000,00 | 437.519,38 |
| leistungsorientierte Bezahlung | 629.625,00 | 450.125,00 |
| Rückzahlung Konzessionsabgaben | 0,00 | 312.911,00 |
| Nebenkostenabrechnung Schulen Vorjahre | 0,00 | 630.590,94 |
| Verlustausgleich WTF-S | 3.289.475,89 | 1.250.261,33 |
| Verlustausgleich RNK gGmbH | 936.245,25 | 4.283.486,45 |
| Zinszahlungen JadeWeserPort | 371.594,62 | 0,00 |
| Ausstehende Rechnungen | 641.515,00 | 0,00 |
| Rückführung Liquiditätskredite RNK Eigenbetrieb | <u>7.498.959,91</u> | <u>9.360.000,00</u> |
| | <u>14.644.575,22</u> | <u>17.782.808,28</u> |

Bei den Jubiläumrückstellungen werden die voraussichtlichen Jubiläumszuwendungen bis zum Jahr 2051 für das 25- und 40-jährige Dienstjubiläum berücksichtigt.

Für die seitens der Kernverwaltung bestehenden Verpflichtungen in Form von Leibrenten aus dem Erwerb von Grundstücken auf Rentenbasis wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Beim Verlustausgleich Reinhard-Nieter-Krankenhaus gGmbH handelt es sich um den Betrag für 2012, die Rückführung von Liquiditätskrediten gegenüber dem Eigenbetrieb Reinhard-Nieter-Krankenhaus berücksichtigt den bis zum 31.12.2011 in Anspruch genommenen Betrag abzüglich in 2012 geleisteter Zahlungen (TEUR 1.861).

Erstmals berücksichtigt wurden Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von TEUR 642 sowie Zinsen auf noch nicht gezahlte Investitionskostenzuschüsse an den JadeWeserPort.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---------------------------------------|-------------------|----------------|
| | <hr/> | <hr/> |
| 4. Passive Rechnungsabgrenzung | 500,00 | 0,00 |
| | <hr/> | <hr/> |

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|--|----------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 1. Steuern und ähnliche Abgaben | 62.575.500,00 | 0,00 | 59.425.022,00 | 66.245.750,84 |

| | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|-----------------------------------|-------------------------|------------------------|
| Grundsteuer A | 95.633,21 | 93.706,99 |
| Grundsteuer B | 12.882.682,65 | 12.687.389,06 |
| Gewerbesteuer | 18.755.620,69 | 28.671.362,34 |
| Gemeindeanteil Einkommensteuer | 21.022.423,00 | 19.016.902,00 |
| Gemeindeanteil Umsatzsteuer | 3.065.512,00 | 2.952.415,00 |
| Vergnügungssteuer | 604.490,98 | 661.093,09 |
| Hundesteuer | 380.911,50 | 378.763,50 |
| Jagdsteuer | -1,13 | 959,12 |
| Leistungen Land ALG II | 2.440.822,19 | 1.710.570,07 |
| Zweitwohnungssteuer | <u>176.926,91</u> | <u>72.589,67</u> |
| | <u>59.425.022,00</u> | <u>66.245.750,84</u> |

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|--|----------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 62.159.100,00 | 0,00 | 63.373.620,52 | 60.773.753,94 |

| | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|----------|-------------------------|------------------------|
| Bund | 7.890.284,10 | 7.991.387,77 |
| Land | 55.268.035,35 | 52.603.948,72 |
| Sonstige | 186.521,07 | 150.529,74 |
| Spenden | <u>28.780,00</u> | <u>27.887,71</u> |
| | <u>63.373.620,52</u> | <u>60.773.753,94</u> |

Es handelt sich hauptsächlich um Schlüsselzuweisungen des Landes (MioEUR 51).

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|--|----------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 3. Auflösungserträge aus Sonderposten | 5.450.200,00 | 0,00 | 5.455.569,10 | 5.030.899,92 |

Ausgewiesen werden die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie für Beiträge und Entgelte.

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|--|----------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 4. Sonstige Transfererträge | 3.294.600,00 | 0,00 | 4.245.252,78 | 3.614.016,02 |

| | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|---------------------------|-------------------------|------------------------|
| Örtliche Trägerschaft | 668.383,46 | 630.644,84 |
| Überörtliche Trägerschaft | 1.831.411,56 | 1.738.507,10 |
| Sonstige | <u>1.745.457,76</u> | <u>1.244.864,08</u> |
| | <u>4.245.252,78</u> | <u>3.614.016,02</u> |

Es handelt sich im Wesentlichen um soziale Leistungen.

Im Rahmen der Prüfung wurden periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 41 festgestellt.

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|--|-------------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 5. Öffentlich-rechtliche Entgelte | 9.273.600,00 | 0,00 | 9.244.890,76 | 7.805.103,38 |
| | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> | | |
| Verwaltungsgebühren | 5.604.943,44 | 4.513.388,71 | | |
| Benutzungsgebühren | <u>3.639.947,32</u> | <u>3.291.714,67</u> | | |
| | <u>9.244.890,76</u> | <u>7.805.103,38</u> | | |

Unter dieser Position werden z. B. Rettungsdienstgebühren ausgewiesen, die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist auf Gebühren für größere Bauprojekte zurückzuführen.

Im Rahmen der Prüfung wurden periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 533 festgestellt.

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|---|-------------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 6. Privatrechtliche Entgelte | 199.050,00 | 0,00 | 279.902,77 | 262.257,06 |
| | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> | | |
| Mieten und Pachten | 103.467,20 | 154.659,33 | | |
| Erträge aus dem Verkauf von Sachvermögen | 61.581,17 | 56.507,65 | | |
| Sonstige private Leistungsentgelte | <u>114.854,40</u> | <u>51.090,08</u> | | |
| | <u>279.902,77</u> | <u>262.257,06</u> | | |

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|--|----------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 41.471.410,00 | 0,00 | 40.791.352,61 | 37.817.926,54 |
| | | | | |
| | | | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
| Bund | 338.860,49 | 50.012,59 | | |
| Land | 33.845.674,11 | 29.977.725,67 | | |
| Gemeinden | 373.856,89 | 725.154,75 | | |
| Zweckverbände | 10,00 | 6,22 | | |
| Sonstige öffentliche Betriebe | 1.344,46 | 14.396,19 | | |
| Verbundene Unternehmen | 2.099.465,36 | 2.626.734,60 | | |
| Private Unternehmen | 91.331,41 | 136.149,98 | | |
| Übrige Bereiche | <u>4.040.809,89</u> | <u>4.287.746,54</u> | | |
| | <u>40.791.352,61</u> | <u>37.817.926,54</u> | | |

Den größten Anteil haben die Erstattungen des Landes für Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Trägerschaft. Hierauf ist auch der Zuwachs der Position zurückzuführen.

Im Rahmen der Prüfung wurden periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 151 festgestellt.

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|---|-------------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge | 6.594.800,00 | 0,00 | 6.343.412,78 | 8.798.590,47 |
| | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> | | |
| Zinsen verbundene Unternehmen | 3.097.143,91 | 4.514.199,36 | | |
| Zinsen Stiftungen | 601,14 | 7.494,75 | | |
| Zinsen Bank | 5.985,81 | 4.006,57 | | |
| Zinsen siB | 8.862,74 | 10.719,57 | | |
| Buß- und Verwargelder Mahn- und Pfändungsgebühren | 0,00 | -300,00 | | |
| Gewinnanteile | 2.956.234,39 | 3.362.466,55 | | |
| Steuerverzinsungen | 190.526,21 | 846.053,07 | | |
| Sonstige | <u>84.058,58</u> | <u>53.772,80</u> | | |
| | <u>6.343.412,78</u> | <u>8.798.590,47</u> | | |

Die Verminderung der Zinserträge gegenüber dem Vorjahr lassen sich auf geminderte Zinserträge von verbundenen Unternehmen (MioEUR 1,4) sowie niedrigere Gewinnanteile (MioEUR 0,4) zurückführen.

Bei den sonstigen Finanzerträgen war eine Umbuchung von MioEUR 2,8 erforderlich, da es sich um periodenfremde Beträge handelt.

| | <u>Haushaltsplan</u> | fortge- schriebener <u>Ansatz</u> | <u>Ergebnis</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR |
|--|------------------------|---|------------------------|-----------------------|
| 9. Sonstige ordentliche Erträge | 4.761.300,00 | 0,00 | 9.614.648,15 | 9.211.797,89 |
| | <u>Ergebnis</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR | | |
| | <u>Ergebnis</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR | | |
| Buß- und Verwargelder | 1.495.275,42 | 1.273.791,47 | | |
| Mahn- und Pfändungsgebühren | 53.612,24 | 35.893,81 | | |
| Stundungszinsen | 24.448,00 | 85.649,28 | | |
| Abwicklung Verbraucherinsolvenzen | 6.114,18 | 5.184,01 | | |
| Nebenforderungen DPK | 107.103,30 | 164.258,14 | | |
| Nebenforderungen Haushalt | 48.182,31 | 54.255,80 | | |
| Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen | 3.478.748,92 | 649.444,77 | | |
| Konzessionsabgaben GEW | 3.459.864,00 | 3.047.089,00 | | |
| Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | 874.886,16 | 3.745.881,51 | | |
| Andere sonstige ordentliche Erträge | <u>66.413,62</u> | <u>150.350,10</u> | | |
| | <u>9.614.648,15</u> | <u>9.211.797,89</u> | | |

Die Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen waren zunächst bei den Abschreibungen gebucht und wurden daher berichtigt.

| | <u>Haushaltsplan</u> | fortge- schriebener <u>Ansatz</u> | <u>Ergebnis</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR |
|--------------------------------------|----------------------|---|------------------------|-----------------------|
| 10. Summe ordentliche Erträge | 195.779.560,00 | 0,00 | 198.773.671,47 | 199.560.096,06 |

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|--|-------------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 11. Aufwendungen für aktives Personal | 40.117.100,00 | 0,00 | 41.136.677,49 | 40.727.170,13 |
| | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> | | |
| a) Dienstaufwand | 27.588.983,31 | 25.815.734,08 | | |
| b) Versorgungsaufwand | 7.551.046,02 | 7.271.826,76 | | |
| c) Beiträge Sozialversicherung | 2.627.369,39 | 2.596.021,61 | | |
| d) Beihilfen, Unter- stützungsleistungen | 740.067,69 | 690.870,78 | | |
| e) Zuführung Rückstellungen | <u>2.629.211,08</u> | <u>4.352.716,90</u> | | |
| | 41.136.677,49 | 40.727.170,13 | | |

Wie bereits in den Vorjahren wurde bei der Prüfung in Stichproben festgestellt, dass Gutschriften aus der Weiterberechnung von Personalaufwand ebenfalls auf den Aufwandskonten gebucht wurden. Dies hat ein Fehlen des entsprechenden Ertrags und einen verminderten Ausweis des Aufwands zur Folge.

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|--|----------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 12. Aufwendungen für Versorgung | 723.800,00 | 0,00 | 696.257,47 | 867.351,64 |

Es handelt sich um Beihilfen für Versorgungsempfänger.

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|--|----------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 5.842.055,79 | 0,00 | 5.017.432,89 | 4.680.763,75 |
| | | | | |
| | | | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
| Unterhaltung Sachvermögen | 290.671,24 | 381.557,77 | | |
| Geringwertige Wirtschaftsgüter | 106.438,24 | 60.750,17 | | |
| Mieten, Pachten und Leasing | 82.793,10 | 91.332,08 | | |
| Bewirtschaftung Grundstücke und Betriebsausstattung | 135.297,96 | 125.340,93 | | |
| Fahrzeugaufwendungen | 241.685,78 | 236.654,06 | | |
| Besondere Aufwendungen für Beschäftigte | 523.962,54 | 382.221,27 | | |
| Aufwendungen aus Spenden | 24.382,13 | 30.018,12 | | |
| Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen | 563.423,16 | 554.386,38 | | |
| Aufwendungen für Schulen | 427.711,96 | 481.417,61 | | |
| Erwerb von Vorräten | 32.291,21 | 35.058,60 | | |
| Sonstige Sach- und Dienstleistungen | <u>2.588.775,57</u> | <u>2.302.026,76</u> | | |
| | <u>5.017.432,89</u> | <u>4.680.763,75</u> | | |

Im Rahmen der Prüfung wurden periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 40 festgestellt.

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|--------------------------------|-------------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 14. Abschreibungen | 5.159.850,00 | 0,00 | 10.975.018,21 | 10.215.503,45 |
| | | | | |
| | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> | | |
| Immaterielles Vermögen | 3.441.301,68 | 3.164.483,02 | | |
| Sachvermögen | 1.484.658,47 | 3.605.660,57 | | |
| Uneinbringliche Forderungen | 6.049.058,06 | 2.872.144,64 | | |
| Sonstiges Finanzvermögen | <u>0,00</u> | <u>573.215,22</u> | | |
| | <u>10.975.018,21</u> | <u>10.215.503,45</u> | | |

Die Abschreibungen auf das Sachvermögen sind aufgrund der Übertragung der Infrastrukturvermögens an TBW gesunken.

Der Anstieg bei den Abschreibungen auf uneinbringliche Forderungen lässt sich auf eine Einzelwertberichtigung bei den Ausleihungen zurückführen. Hierauf beruht auch der höhere Aufwand im Vergleich zum Vorjahr und zum Haushaltsplan.

Die Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen waren zunächst bei den Abschreibungen gebucht und wurden daher berichtigt.

| | <u>Haushaltsplan</u> | fortge- schriebener <u>Ansatz</u> | <u>Ergebnis</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR |
|---|----------------------|---|------------------------|-----------------------|
| 15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 1.826.562,68 | 0,00 | 2.083.608,62 | 1.122.825,64 |
| | | | <u>Ergebnis</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR |
| Zinsen im | | | | |
| Beteiligungsbereich | 581.594,62 | 0,00 | | |
| Zinsen Kreditinstitute | 834.458,85 | 884.576,68 | | |
| Zinsen auf | | | | |
| Steuernachzahlungen | 567.674,37 | 162.630,00 | | |
| Abführung | | | | |
| Gebührenüberschuss | 887,72 | 4.140,87 | | |
| Sonstige | | | | |
| Finanzaufwendungen | <u>98.993,06</u> | <u>71.478,09</u> | | |
| | <u>2.083.608,62</u> | <u>1.122.825,64</u> | | |

Im Vergleich zum Vorjahr werden mit TEUR 582 höhere Zinsen im Beteiligungsbereich und mit mit TEUR 568 höhere Zinsen auf Steuernachzahlungen ausgewiesen.

Ein zunächst als sonstiger Finanzaufwand gebuchter Korrekturbetrag für Debitoren und Kreditoren wurde in den außerordentlichen Aufwand umgebucht.

| | <u>Haushaltsplan</u> | fortge- schriebener <u>Ansatz</u> | <u>Ergebnis</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR |
|---------------------------------------|----------------------|---|------------------------|-----------------------|
| 16. Transfer- aufwendungen | 74.427.929,67 | 0,00 | 72.561.793,43 | 69.897.560,32 |
| | | | <u>Ergebnis</u> EUR | <u>Vorjahr</u> EUR |
| Zuweisungen und Zuschüsse | 11.763.918,28 | | 11.763.918,28 | 10.709.706,03 |
| Förderung nach NPflegeG | 180.339,61 | | 180.339,61 | 181.047,84 |
| Sozialaufwendungen | | | | |
| örtliche Trägerschaft | 15.486.565,35 | | 15.486.565,35 | 14.257.365,74 |
| Sozialaufwendungen | | | | |
| überörtliche | | | | |
| Trägerschaft | 23.649.545,95 | | 23.649.545,95 | 22.835.700,44 |
| Sozialaufwendungen | | | | |
| außerhalb von | | | | |
| Einrichtungen | 3.542.135,86 | | 3.542.135,86 | 3.623.773,05 |
| Sozialaufwendungen in | | | | |
| Einrichtungen | 10.722.750,58 | | 10.722.750,58 | 9.508.911,31 |
| Sonstige | | | | |
| Sozialaufwendungen | 3.371.128,34 | | 3.371.128,34 | 3.408.267,35 |
| Gewerbesteuerumlage | 2.964.612,00 | | 2.964.612,00 | 4.879.057,00 |
| Allgemeine Umlagen | <u>880.797,46</u> | | <u>880.797,46</u> | <u>493.731,56</u> |
| | <u>72.561.793,43</u> | | <u>72.561.793,43</u> | <u>69.897.560,32</u> |

Der größte Einzelbetrag ist die Gewerbesteuerumlage.

Im Rahmen der Prüfung wurden periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 154 festgestellt.

| | <u>Haushaltsplan</u> | fortge- schriebener <u>Ansatz</u> | Ergebnis <u>EUR</u> | Vorjahr <u>EUR</u> |
|---|-------------------------|---|------------------------|-----------------------|
| 17. Sonstige ordentliche Aufwendungen | 89.323.983,74 | 0,00 | 87.475.455,98 | 81.176.424,84 |
| | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> | | |
| Ehrenamtliche Tätigkeiten | 251.482,22 | 409.512,07 | | |
| Rechte und Dienste | 127.731,11 | 138.552,97 | | |
| Gutachten, Honorare | 1.560.734,40 | 1.375.876,13 | | |
| Öffentliche | | | | |
| Bekanntmachungen | 34.605,72 | 38.339,45 | | |
| Aufwendungen für Büro- material, Fachliteratur, Kommunikation und EDV | 3.315.210,91 | 3.257.226,56 | | |
| Reisekosten | 689.533,85 | 833.671,93 | | |
| Gerichtskosten | 21.089,44 | 42.168,51 | | |
| Steuern und Versicherungen | 1.052.864,87 | 533.413,41 | | |
| Erstattungen Bund | 1.361.029,71 | 1.296.890,63 | | |
| Erstattungen Land | 11.327,22 | 5.143,02 | | |
| Erstattungen Gemeinden | 706.724,85 | 619.592,58 | | |
| Erstattungen | | | | |
| Zweckverbände | 27.000,00 | 41.240,72 | | |
| Erstattungen sonstige öffentliche Bereiche | 373.090,23 | 418.443,93 | | |
| Erstattungen verbundene | | | | |
| Unternehmen | 14.515.171,14 | 8.695.747,26 | | |
| Erstattungen Eigenbetriebe | 37.763.548,43 | 37.369.426,13 | | |
| Erstattungen private | | | | |
| Unternehmen | 13.688,50 | 5.642,85 | | |
| Erstattungen übrige | | | | |
| Betriebe | 965.850,94 | 921.799,47 | | |
| Kosten der Unterkunft und sonstige soziale Aufwendungen | 24.673.926,88 | 25.121.323,16 | | |
| Sonstige Verwaltungs- aufwendungen | <u>10.845,56</u> | <u>32.414,06</u> | | |
| | <u>87.475.455,98</u> | <u>81.156.424,84</u> | | |

Die erhebliche Steigerung ist auf die erhöhten Erstattungen an verbundene Unternehmen, insbesondere an die RNK gGmbH und an die WTF-S GmbH zurückzuführen.

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|---|----------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 18. Summe ordentliche Aufwendungen | 217.421.281,88 | 0,00 | 219.946.244,09 | 208.687.599,77 |

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|--------------------------------------|----------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 19. Ordentliches Ergebnis | -21.641.721,88 | 0,00 | -21.172.572,62 | -9.127.503,71 |

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|---|----------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 20. Außerordentliche Erträge | 643.000,00 | 0,00 | 3.813.713,96 | 1.777.684,45 |

| | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|--|-------------------------|------------------------|
| Empfangene Schadenersatzleistungen | 1.677,30 | 0,00 |
| Sonstige außergewöhnliche Erträge | 2.640.713,34 | 0,00 |
| Sonstige periodenfremde Erträge | 1.117.724,00 | 1.752.725,35 |
| Erträge Veräußerung Sachvermögen | 28.137,95 | -3.249,50 |
| Zuschreibungen aus Werterhöhungen | 0,00 | 28.208,60 |
| Ertrag aus Veräußerungsgewinn >150 € | 25.461,37 | 0,00 |
| | <u>3.813.713,96</u> | <u>1.777.684,45</u> |

In den sonstigen außergewöhnlichen Erträgen ist der Ertrag aus der Korrektur der abzuführenden Gebühren an TBW in Höhe von EUR 2.496.115,50 enthalten.

Die sonstigen periodenfremden Erträge sind hauptsächlich im Fachbereich Soziales entstanden.

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis EUR | Vorjahr EUR |
|---|----------------------|-----------------------------|-----------------|----------------|
| 21. Außerordentliche Aufwendungen | -1.278.500,00 | 0,00 | -6.883.712,59 | -5.249.713,92 |
| | | | Ergebnis EUR | Vorjahr EUR |
| Außerplanmäßige Abschreibung Finanzvermögen | -243.776,06 | 0,00 | | |
| Außerplanmäßige Abschreibungen Sachvermögen | -1.101,19 | -326.371,50 | | |
| Sonstige periodenfremde Aufwendungen | -1.493.692,84 | -2.063.342,42 | | |
| Verlustausgleich RNK gGmbH | 0,00 | -1.000.000,00 | | |
| Verlustausgleich RNK Eigenbetrieb | 0,00 | -1.860.000,00 | | |
| Sonstige außergewöhnliche Aufwendungen | <u>-5.145.142,50</u> | <u>0,00</u> | | |
| | <u>-6.883.712,59</u> | <u>-5.249.713,92</u> | | |

Die sonstigen außergewöhnlichen Aufwendungen beinhalten Aufwendungen aus der Korrektur der Forderungen und Verbindlichkeiten aufgrund der Systemumstellung zum 01.01.2013 (MioEUR 2,8) sowie eine Berichtigung der Verwahrkonten durch die Kämmererei (MioEUR 2,3).

Die Abschreibungen auf Finanzvermögen betreffen eine Korrektur der Ausleihung an GGS.

Die sonstigen periodenfremden Aufwendungen sind hauptsächlich im Fachbereich Soziales entstanden.

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|---|----------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 22. Außerordentliches Ergebnis | -635.500,00 | 0,00 | -3.069.998,63 | -3.472.029,47 |

| | <u>Haushaltsplan</u> | <u>fortge- schriebener Ansatz</u> | <u>Ergebnis EUR</u> | <u>Vorjahr EUR</u> |
|---------------------------|----------------------|---|-------------------------|------------------------|
| 23. Jahresergebnis | -22.277.221,88 | 0,00 | -24.242.571,25 | -12.599.533,18 |